

Ä1

Antrag

Antragsberatung BDKJ-Hauptversammlung 2025

Initiator*innen: BDKJ-Bundesvorstand

Titel: Ä1 zu A1 - neu: Freiwilligkeit stärken – keine
Rückkehr zur Wehrpflicht

Antragstext

Von Zeile 138 bis 155:

7. ~~Notwendige Begleitstrukturen.~~

~~Im militärischen Dienst sind Menschen mit Situationen konfrontiert, die tief in die persönliche Ethik, Psyche und Lebensperspektive eingreifen können. Deshalb müssen psychologische und sozialpädagogische Begleitstrukturen ein zentraler Bestandteil des Diensts sein. Es braucht auch hier diskriminierungs- und rassismussensible Strukturen sowie wirksame Präventions- und Schutzkonzepte gegen sexualisierte Gewalt. Besonders hervorzuheben ist in diesem Kontext, dass junge Menschen nicht zu Tätigkeiten verpflichtet werden dürfen, die ihrer psychischen Gesundheit schaden oder Diskriminierung oder Traumatisierungen fördern.~~

~~Als positives Beispiel engagiert sich der BDKJ mit der "aktion kaserne" gezielt für junge Soldat*innen. Dabei bieten wir politische und ethische Bildungsangebote an, die das Leitbild des "Staatsbürgers in Uniform" stärken. Zudem unterstützen wir sie dabei, Möglichkeiten für ehrenamtliches Engagement im Rahmen der Streitkräfte wahrzunehmen und sich als Vertrauenspersonen zu qualifizieren. Dieses Engagement ist Teil unseres Beitrags zur Stärkung der ethischen und sozialen Begleitung im militärischen Umfeld.~~[\[9\]](#)

7. Notwendige Begleitstrukturen: In allen Diensten können Menschen mit herausfordernenden Situationen konfrontiert werden. Deswegen braucht es angemessene Unterstützung für junge Menschen, die an die jeweiligen Bedürfnisse angepasst sind. Hierzu gehören insbesondere psychologische, seelsorgliche und sozialpädagogische Begleitstrukturen.

Ä2

Antrag

Antragsberatung BDKJ-Hauptversammlung 2025

Initiator*innen: Alexander Lechner (BDKJ DV Augsburg)

Titel: Ä2 zu A1 - neu: Freiwilligkeit stärken – keine
Rückkehr zur Wehrpflicht

Antragstext

Nach Zeile 155 einfügen:

8. Kriegsdienstverweigerung Das Recht zur Kriegsdienstverweigerung muss auch im Verteidigungsfall ein unumstößliches Grundrecht bleiben und darf nicht angetastet werden. In jedem Fall muss hierbei gewährleistet sein, dass niemand zu einem Dienst an der Waffe gezwungen wird. Das Verfahren der Verweigerung dieses Dienstes aus Gewissensgründen muss auch im Spannungs- und Verteidigungsfall niedrigschwellig möglich sein.

Ä3

Antrag

Antragsberatung BDKJ-Hauptversammlung 2025

Initiator*innen: Alexander Lechner (BDKJ DV Augsburg)

Titel: **Ä3 zu A1 - neu: Freiwilligkeit stärken – keine
Rückkehr zur Wehrpflicht**

Antragstext

Nach Zeile 155 einfügen:

Ebenso fordern wir äquivalente sozialpädagogische Begleitstrukturen und
Bildungsangebote für zivile Ersatzdienstleistende.

Ä4

Antrag

Antragsberatung BDKJ-Hauptversammlung 2025

Initiator*innen: BDKJ-Bundesvorstand

Titel: Ä4 zu A1 - neu: Freiwilligkeit stärken – keine
Rückkehr zur Wehrpflicht

Antragstext

Von Zeile 155 bis 156 einfügen:

9. Interessensvertretung und Bildungsangebote in Diensten

Unser Träger verfügen über langjährige Erfahrung in der Ausgestaltung und Begleitung von Freiwilligendienstleistenden. Neben der Durchführung von Bildungs- und Begleitseminaren entwickeln und erproben wir seit vielen Jahren Formate, die junge Menschen in ihrer persönlichen, sozialen und spirituellen Entwicklung unterstützen. Mit der aktion kaserne haben wir zudem ein spezielles Angebot für junge Soldatinnen und Soldaten in der Bundeswehr geschaffen. Diese Initiative ermöglicht es, Themen wie Werteorientierung, Partizipation und Verantwortung auch im militärischen Kontext zu fördern. Diese Erfahrung bringen wir in den zukünftigen Diskurs und die Ausgestaltung ein.

Antrag

Antragsberatung BDKJ-Hauptversammlung 2025

Initiator*innen: BDKJ-Bundesvorstand

Titel: Ä5 zu A1 - neu: Freiwilligkeit stärken – keine
Rückkehr zur Wehrpflicht

Antragstext

Von Zeile 167 bis 168 einfügen:

Diplomatie und Friedensarbeit müssen vorrangig genutzt werden und militärische Verteidigung darf nur als letztes Mittel gewählt werden.[\[12\]](#)

Um den Diskurs im Verband und der Gesellschaft weiter mitzugestalten, widmen wir uns folgenden Fragestellungen:

- Wie könnten Prinzipien für eine gerechte Auswahl von Menschen für einen möglichen Pflichtdienst gestaltet werden?
- Wie können feministische Perspektiven in der sicherheitspolitischen Debatte systematisch berücksichtigt und gestärkt werden?
- Welche sozialen, ökonomischen und strukturellen Auswirkungen haben Dienstpflichten auf Bildungs-, Erwerbs- und Lebensbiografien junger Menschen – insbesondere in Bezug auf Geschlechtergerechtigkeit und vielfältige Lebensrealitäten?
- Wie sehen gute Rahmenbedingungen für junge Menschen in Wehr- und Ersatzdiensten aus?
- Wie sehen Gelingensfaktoren ziviler Ersatzdienste aus?
- Wie kann die Unterstützung junger Menschen in (Pflicht-)Diensten unter

Berücksichtigung der Jahrzehntelangen guten Erfahrung in den Freiwilligendiensten hinsichtlich wirksamer pädagogischer Konzepte, mentaler Gesundheit, seelsorgliche Unterstützung, politischer Bildung und beruflicher Orientierung weiterentwickelt werden?

- Wie kann sichergestellt werden, dass der Kriegsdienst aus Gewissensgründen einfach und ohne hohe Hürden verweigert werden kann?
- Wie kann eine gesamtgesellschaftliche Resilienz sichergestellt werden?

Ä6

Antrag

Antragsberatung BDKJ-Hauptversammlung 2025

Initiator*innen: BDKJ Speyer

Titel: Ä6 zu A1 - neu: Freiwilligkeit stärken – keine
Rückkehr zur Wehrpflicht

Antragstext

Von Zeile 156 bis 168:

Als überzeugte Christ*innen und Europäer*innen halten wir an unseren Zielen sicherheitspolitischen und Wertenfriedensethischen Positionen fest, die wir[Leerzeichen] bereits in vielen Beschlüssen und detaillierten Forderungen an Politik und[Zeilenumbruch] Gesellschaft zum Ausdruck gebracht haben:.[12]

~~Konflikte werden nicht durch Aufrüstung gelöst, sondern durch Entwaffnung, Rüstungsexportkontrollen, sowie Perspektivangebote für Betroffene.[10] Darüber hinaus ist neben einer Sicherheitspolitik jenseits von Macht und Militärlogik, eine gezielte Stärkung von Krisenprävention, humanitärer Hilfe sowie Bildung und Entwicklungszusammenarbeit essenziell zur Erhaltung und zum Wiederaufbau von Frieden.[11] Und auch angesichts wachsender autoritärer und militärischer Dynamiken ist eine friedensethische Weiterentwicklung nötig, die Menschenrechte, zivile Konfliktbearbeitung und nachhaltige Friedensordnung ins Zentrum stellt. Diplomatie und Friedensarbeit müssen vorrangig genutzt werden und militärische Verteidigung darf nur als letztes Mittel gewählt werden.[12]~~

Von Zeile 201 bis 205 löschen:

~~[\[10\]](#) “Kinder und Jugendliche wollen Frieden, keine Waffen”, Beschluss der BDJH-Hauptversammlung 2016.~~

~~[\[11\]](#) “Frieden ist mehr wert! Frieden und Sicherheit weiterentwickeln — Perspektive für alle Menschen schaffen”, Beschluss der BDJH-Hauptversammlung 2019.~~

Ä7

Antrag

Antragsberatung BDKJ-Hauptversammlung 2025

Initiator*innen: Helena Schmidt (BDKJ Paderborn)

Titel: **Ä7 zu A1 - neu: Freiwilligkeit stärken – keine
Rückkehr zur Wehrpflicht**

Antragstext

Von Zeile 176 bis 178 einfügen:

beschlossene Erklärung zur Wehrdienstdebatte [\[13\]](#) verstärkt in die politische Diskussion einzubringen und sich entsprechend für friedensethische Perspektiven, [Menschenrechte](#), [globale Gerechtigkeit](#) und die Rechte junger Menschen einzusetzen.

Ä8

Antrag

Antragsberatung BDKJ-Hauptversammlung 2025

Initiator*innen: Fidelis Stehle (BDKJ Rottenburg-Stuttgart)

Titel: Ä8 zu A1 - neu: Freiwilligkeit stärken – keine
Rückkehr zur Wehrpflicht

Antragstext

Von Zeile 179 bis 181 einfügen:

Wir sind davon überzeugt, dass junge Menschen ihr volles Potenzial entfalten können, wenn sie sich aus eigenem Antrieb engagieren. Gerade wenn Verteidigungsfähigkeit notwendig ist, bleibt Freiwilligkeit und Stärkung von jungen Menschen in einer Demokratie klug und erstrebenswert. Wenn diese durch die entsprechenden Rahmenbedingungen^[14] gefördert werden, ergeben sich nachhaltige

Ä9

Antrag

Antragsberatung BDKJ-Hauptversammlung 2025

Initiator*innen: BDKJ Speyer

Titel: **Ä9 zu A1 - neu: Freiwilligkeit stärken – keine
Rückkehr zur Wehrpflicht**

Antragstext

Von Zeile 194 bis 195 einfügen:

der BDKJ-Hauptversammlung 2024; „Jugend beteiligen jetzt!“, Beschluss der BDKJ-Hauptversammlung 2019.

[\[x\]: Volkswirtschaftliche Kosten einer Wiedereinführung der Wehrpflicht oder eines sozialen Pflichtjahres | Monographie \(Autorenschaft\) | ifo Institut](#)

Ä11

Antrag

Antragsberatung BDKJ-Hauptversammlung 2025

Initiator*innen: Helena Schmidt (BDKJ Paderborn)

Titel: **Ä11 zu A1 - neu: Freiwilligkeit stärken – keine
Rückkehr zur Wehrpflicht**

Antragstext

Von Zeile 140 bis 142:

7. tief in die persönliche Ethik, Psyche und Lebensperspektive eingreifen können. Deshalb müssen psychologische ~~und~~ sozialpädagogische und seelsorgliche Begleitstrukturen ein zentraler Bestandteil des Diensts sein. Es braucht

Ä12

Antrag

Antragsberatung BDKJ-Hauptversammlung 2025

Initiator*innen: BDKJ-Bundesvorstand (dort beschlossen am: 08.11.2025)

Titel: **Ä12 zu A1 - neu: Freiwilligkeit stärken – keine
Rückkehr zur Wehrpflicht**

Antragstext

Von Zeile 110 bis 126:

5. werden. Jede Entscheidung muss frei getroffen werden können – unabhängig finanzieller Hintergründe und ungleicher Chancen.

~~Daher bekennt sich der BDKJ grundsätzlich zu einem Dreisäulenmodell. Dieses Modell betrachtet Freiwilligendienste (basierend auf den geforderten Rahmenbedingungen eines Rechtsanspruchs) und den Wehrdienst neben anderen Formen institutionalisierten Ehrenamts als gleichwertig ausgestaltete Säulen des Engagements, zwischen denen junge Menschen gleichberechtigt wählen können. Einen Wehrrersatzdienst in Form eines Zivildiensts als weiteres Format braucht es in diesem Modell nicht.~~

~~Zur Gleichwertigkeit zählt auch, dass die Anschreiben an junge Menschen nicht nur über den Dienst in der Bundeswehr informieren, sondern ebenso umfassend über alle zivilen Engagementmöglichkeiten aufklären und auf diese verweisen. Nur dies schafft eine echte Wahlfreiheit zwischen den Diensten, die im Sinne der Selbstbestimmung und des Abbaus des Klassismus unbedingt ermöglicht werden muss. Darüber hinaus werden bereits geleistete Dienste und ehrenamtliches Engagement in angemessener Form berücksichtigt und anerkannt.~~ Da ein möglicher Ersatzdienst – sei es nun ein reaktivierter “alter Zivildienst” oder

ein neues Format – von den zivilgesellschaftlichen Strukturen maßgeblich umgesetzt werden müsste und unabhängig davon Auswirkungen auf die etablierten Freiwilligendienstformate haben würde, sind aus verbandlicher Sicht folgende Aspekte zu berücksichtigen: Es sollte eine differenzierte Auswertung der Erfahrungen des ehemaligen Zivildienstes stattfinden. Auch wenn Zivildienstleistende der Wehrüberwachung unterliegen und in einem verpflichtenden Dienstverhältnis stehen, sollte ein künftiger Dienst so ausgestaltet sein, dass gemeinwohlorientierte und unterstützende Tätigkeiten von den Zivildienstleistenden als sinnstiftend wahrgenommen werden. Die in den Freiwilligendiensten erprobten Elemente der Bildung und Begleitung sollten hier Berücksichtigung finden. Bei den Freiwilligendienstformaten handelt es sich um etablierte Bildungs- und Orientierungsangebote, in denen die Freiwilligen im Zentrum stehen. Diese Formate sind offen für Alle, unabhängig von Geschlecht, Nationalität, Gesundheit oder körperlichen Voraussetzungen und unterscheiden sich damit zentral vom neuen Wehrdienst sowie einem möglichen Ersatzdienst. Die pädagogische Begleitung ist der Kern dieser Formate und stellt sicher, dass dieses zeitintensive, rechtsverbindliche freiwillige Engagement ein Gewinn hoch drei ist: für die Freiwilligen, die Menschen in den Einrichtungen und die Gesellschaft als Ganzes. Die positiven Aspekte aus den Freiwilligendiensten sind unbedingt zu würdigen und bei der Ausgestaltung eines möglichen Ersatzdienstes mit einzubeziehen. Grundsätzlich müssen die Bedarfe junger Menschen Berücksichtigung finden. Es ist dafür Sorge zu tragen, dass es keine negativen Effekte gibt wie etwa:

- die Verdrängung gewissen Personengruppen aus dem BFD, da Plätze für Zivildienstleistende vorgehalten werden müssen. Darunter zählen insbesondere junge Frauen, Menschen ohne deutsche Staatsangehörigkeit, ältere Freiwillige oder von ausgemusterten jungen Männern,
- fehlende Anerkennung und Wertschätzung (materiell, immateriell sowie die sozioökonomische Absicherung) für zivilgesellschaftliche Dienste,
- eine Entwertung von sozialen Arbeitsfeldern, etwa weil Zivildienstleistende als nicht an den Mindestlohn gebundene Hilfskräfte eingesetzt werden,
- Verdrängung der Vielfalt an aktuellen Einsatzfeldern in den Freiwilligendiensten – beispielsweise in den Bereichen Kultur, Sport und Umwelt. Ein Großteil dieser

Ä14

Antrag

Antragsberatung BDKJ-Hauptversammlung 2025

Initiator*innen: BDKJ-Bundesvorstand (dort beschlossen am: 04.12.2025)

Titel: Ä14 zu A1 - neu: Freiwilligkeit stärken – keine
Rückkehr zur Wehrpflicht

Antragstext

Von Zeile 10 bis 15:

ALs Bund der Deutschen Katholischen Jugend (BDKJ)

~~Die Hauptversammlung des Bundes der Deutschen Katholischen Jugend (BDKJ) spricht sich innerhalb dieser Debatte gegen eine Reaktivierung der allgemeinen Wehrpflicht und gegen jede Form von zivilem oder sozialem Pflichtdienst aus. Wir bekräftigen unsere friedensethische Haltung~~begrüßen wir, dass der Deutsche Bundestag keine Reaktivierung der Wehrpflicht beschlossen hat und dass ein erneutes parlamentarisches Verfahren notwendig ist, um über die Notwendigkeit der Einführung der sogenannten „Bedarfswehrpflicht“ zu entscheiden. Unsere Forderung ist, dass wir weiterhin auf die Freiwilligkeit der jungen Menschen setzen und uns gegen eine Reaktivierung der allgemeinen Wehrpflicht und gegen jede Form von zivilem oder sozialem Pflichtdienst aussprechen. Wir sind überzeugt davon, dass Sicherheit, Frieden und gesellschaftlicher Zusammenhalt nicht durch Pflichtdienste, sondern durch

Ä15

Antrag

Antragsberatung BDKJ-Hauptversammlung 2025

Initiator*innen: BDKJ-Bundesvorstand (dort beschlossen am: 04.12.2025)

Titel: **Ä15 zu A1 - neu: Freiwilligkeit stärken – keine
Rückkehr zur Wehrpflicht**

Antragstext

Von Zeile 35 bis 36:

1. grundsätzlich bereit ist, den Wehrdienst anzutreten. Ein Losverfahren ~~lehnen wir~~
~~klar-ab~~ sollte nur diejenigen betreffen, die ihre potenzielle Bereitschaft zum
Wehrdienst erklärt haben und tauglich gemustert wurden.

Ä16

Antrag

Antragsberatung BDKJ-Hauptversammlung 2025

Initiator*innen: BDKJ-Bundesvorstand (dort beschlossen am: 04.12.2025)

Titel: **Ä16 zu A1 - neu: Freiwilligkeit stärken – keine
Rückkehr zur Wehrpflicht**

Antragstext

Von Zeile 41 bis 43:

2. weltwärts) und deren Träger strukturell, finanziell und rechtlich absichern. ~~Dazu gehört ein gesetzlicher~~ Wir begrüßen insofern die deutliche Erhöhung der ab 2026 im Bundeshaushalt vorgesehenen Fördermittel für die Freiwilligendienste. Damit diese Gelder ihre volle Wirkung im Sinne einer Stärkung der Freiwilligendienste entfalten können braucht es einen gesetzlichen Rechtsanspruch auf Förderung jeder abgeschlossenen Freiwilligendienstvereinbarung zwischen Freiwilligen,

Von Zeile 45 bis 47 einfügen:

2. mindestens auf BAföG-Niveau, um soziale Hürden abzubauen^[4]. Wir schließen uns insofern der Forderung nach einem Freiwilligendienste-Stärkungsgesetz sowie einer Überarbeitung der Förderrichtlinie Jugendfreiwilligendienste RL-JFD an. Freiwilliges Engagement darf keine Frage des Einkommens oder der sozialen

Ä17

Antrag

Antragsberatung BDKJ-Hauptversammlung 2025

Initiator*innen: BDKJ-Bundesvorstand (dort beschlossen am: 04.12.2025)

Titel: Ä17 zu A1 - neu: Freiwilligkeit stärken – keine
Rückkehr zur Wehrpflicht

Antragstext

Von Zeile 92 bis 96:

Trotz unserer klaren Haltung, die Pflichtdienste grundsätzlich ablehnt, formulieren wir aufgrund der aktuellen Debatte zusätzliche Forderungen an die Bundesregierung für den Fall einer Reaktivierung der allgemeinen Wehrpflicht
~~Trotz unserer klaren Haltung, die Pflichtdienste grundsätzlich ablehnt, formulieren wir aufgrund der aktuellen Debatte zusätzliche Forderungen an die Bundesregierung für den Fall einer Reaktivierung der allgemeinen Wehrpflicht.~~ oder Einführung der sogenannten Bedarfswehrpflicht. In diesem Fall muss deren Ausgestaltung möglichst gerecht, freiheitswährend und

Ä18

Antrag

Antragsberatung BDKJ-Hauptversammlung 2025

Initiator*innen: BDKJ-Bundesvorstand (dort beschlossen am: 04.12.2025)

Titel: **Ä18 zu A1 - neu: Freiwilligkeit stärken – keine
Rückkehr zur Wehrpflicht**

Antragstext

Von Zeile 136 bis 137 einfügen:

6. die Pflicht genommen werden. Friedenssicherung ist die Verantwortung aller Generationen. Für mehr Generationengerechtigkeit und zum Abwenden einer Wehrpflicht aufgrund einer zu geringen Personalstärke der Streitkräfte fordern wir eine stärkere Einbindung auch der Jahrgänge älter als 2008. Vorstellbar sind für uns Maßnahmen zur stärkeren und besseren Einbindung freiwilliger Reservedienstleistender in die Wehrstrukturen. Alle ehemaligen Wehrdienstleistenden werden ebenfalls angefragt, ob Sie zu einem Dienst und einer erneuten Musterung bereit wären. Diese Personengruppe könnte über freiwillige Reservedienstleistungen wieder befähigt werden. Ebenso sollten Lebensältere Menschen, die einen Beitrag im Zivil- oder Heimatschutz leisten möchten, angesprochen werden, ob sie auf freiwilliger Basis einen Beitrag leisten möchten.

Ä1

Antrag

Antragsberatung BDKJ-Hauptversammlung 2025

Initiator*innen: BDKJ-Bundesvorstand

Titel: Ä1 zu A1 - Sicherung Hauptausschuss:
Freiwilligkeit stärken – keine Rückkehr zur
Wehrpflicht

Antragstext

Von Zeile 138 bis 155:

~~7. Notwendige Begleitstrukturen:~~

~~Im militärischen Dienst sind Menschen mit Situationen konfrontiert, die tief in die persönliche Ethik, Psyche und Lebensperspektive eingreifen können. Deshalb müssen psychologische und sozialpädagogische Begleitstrukturen ein zentraler Bestandteil des Diensts sein. Es braucht auch hier diskriminierungs- und rassismussensible Strukturen sowie wirksame Präventions- und Schutzkonzepte gegen sexualisierte Gewalt. Besonders hervorzuheben ist in diesem Kontext, dass junge Menschen nicht zu Tätigkeiten verpflichtet werden dürfen, die ihrer psychischen Gesundheit schaden oder Diskriminierung oder Traumatisierungen fördern.~~

~~Als positives Beispiel engagiert sich der BDKJ mit der "aktion kaserne" gezielt für junge Soldat*innen. Dabei bieten wir politische und ethische Bildungsangebote an, die das Leitbild des "Staatsbürgers in Uniform" stärken. Zudem unterstützen wir sie dabei, Möglichkeiten für ehrenamtliches Engagement im Rahmen der Streitkräfte wahrzunehmen und sich als Vertrauenspersonen zu qualifizieren. Dieses Engagement ist Teil unseres Beitrags zur Stärkung der ethischen und~~

~~sozialen Begleitung im militärischen Umfeld.~~[\[9\]](#)

7. Notwendige Begleitstrukturen: In allen Diensten können Menschen mit herausfordernenden Situationen konfrontiert werden. Deswegen braucht es angemessene Unterstützung für junge Menschen, die an die jeweiligen Bedürfnisse angepasst sind. Hierzu gehören insbesondere psychologische, seelsorgliche und sozialpädagogische Begleitstrukturen.

Ä2

Antrag

Antragsberatung BDKJ-Hauptversammlung 2025

Initiator*innen: Alexander Lechner (BDKJ DV Augsburg)

Titel: Ä2 zu A1 - Sicherung Hauptausschuss:
Freiwilligkeit stärken – keine Rückkehr zur
Wehrpflicht

Antragstext

Nach Zeile 155 einfügen:

8. Kriegsdienstverweigerung Das Recht zur Kriegsdienstverweigerung muss auch im Verteidigungsfall ein unumstößliches Grundrecht bleiben und darf nicht angetastet werden. In jedem Fall muss hierbei gewährleistet sein, dass niemand zu einem Dienst an der Waffe gezwungen wird. Das Verfahren der Verweigerung dieses Dienstes aus Gewissensgründen muss auch im Spannungs- und Verteidigungsfall niedrigschwellig möglich sein.

Ä3

Antrag

Antragsberatung BDKJ-Hauptversammlung 2025

Initiator*innen: Alexander Lechner (BDKJ DV Augsburg)

Titel: **Ä3 zu A1 - Sicherung Hauptausschuss:
Freiwilligkeit stärken – keine Rückkehr zur
Wehrpflicht**

Antragstext

Nach Zeile 155 einfügen:

Ebenso fordern wir äquivalente sozialpädagogische Begleitstrukturen und Bildungsangebote für zivile Ersatzdienstleistende.

Ä4

Antrag

Antragsberatung BDKJ-Hauptversammlung 2025

Initiator*innen: BDKJ-Bundesvorstand

Titel: Ä4 zu A1 - Sicherung Hauptausschuss:
Freiwilligkeit stärken – keine Rückkehr zur
Wehrpflicht

Antragstext

Von Zeile 155 bis 156 einfügen:

9. Interessensvertretung und Bildungsangebote in Diensten

Unser Träger verfügen über langjährige Erfahrung in der Ausgestaltung und Begleitung von Freiwilligendienstleistenden. Neben der Durchführung von Bildungs- und Begleitseminaren entwickeln und erproben wir seit vielen Jahren Formate, die junge Menschen in ihrer persönlichen, sozialen und spirituellen Entwicklung unterstützen. Mit der aktion kaserne haben wir zudem ein spezielles Angebot für junge Soldatinnen und Soldaten in der Bundeswehr geschaffen. Diese Initiative ermöglicht es, Themen wie Werteorientierung, Partizipation und Verantwortung auch im militärischen Kontext zu fördern. Diese Erfahrung bringen wir in den zukünftigen Diskurs und die Ausgestaltung ein.

Ä5

Antrag

Antragsberatung BDKJ-Hauptversammlung 2025

Initiator*innen: BDKJ-Bundesvorstand

Titel: Ä5 zu A1 - Sicherung Hauptausschuss:
Freiwilligkeit stärken – keine Rückkehr zur
Wehrpflicht

Antragstext

Von Zeile 167 bis 168 einfügen:

Diplomatie und Friedensarbeit müssen vorrangig genutzt werden und militärische Verteidigung darf nur als letztes Mittel gewählt werden.[\[12\]](#)

Um den Diskurs im Verband und der Gesellschaft weiter mitzugestalten, widmen wir uns folgenden Fragestellungen:

- Wie könnten Prinzipien für eine gerechte Auswahl von Menschen für einen möglichen Pflichtdienst gestaltet werden?
- Wie können feministische Perspektiven in der sicherheitspolitischen Debatte systematisch berücksichtigt und gestärkt werden?
- Welche sozialen, ökonomischen und strukturellen Auswirkungen haben Dienstpflichten auf Bildungs-, Erwerbs- und Lebensbiografien junger Menschen – insbesondere in Bezug auf Geschlechtergerechtigkeit und vielfältige Lebensrealitäten?
- Wie sehen gute Rahmenbedingungen für junge Menschen in Wehr- und Ersatzdiensten aus?
- Wie sehen Gelingensfaktoren ziviler Ersatzdienste aus?

- Wie kann die Unterstützung junger Menschen in (Pflicht-)Diensten unter Berücksichtigung der Jahrzehntelangen guten Erfahrung in den Freiwilligendiensten hinsichtlich wirksamer pädagogischer Konzepte, mentaler Gesundheit, seelsorgliche Unterstützung, politischer Bildung und beruflicher Orientierung weiterentwickelt werden?
- Wie kann sichergestellt werden, dass der Kriegsdienst aus Gewissensgründen einfach und ohne hohe Hürden verweigert werden kann?
- Wie kann eine gesamtgesellschaftliche Resilienz sichergestellt werden?

Ä6

Antrag

Antragsberatung BDKJ-Hauptversammlung 2025

Initiator*innen: BDKJ Speyer

Titel: Ä6 zu A1 - Sicherung Hauptausschuss:
Freiwilligkeit stärken – keine Rückkehr zur
Wehrpflicht

Antragstext

Von Zeile 156 bis 168:

Als überzeugte Christ*innen und Europäer*innen halten wir an unseren **Zielen** **sicherheitspolitischen** und **Wertefriedensethischen Positionen** fest, die wir[Leerzeichen] **bereits** in vielen Beschlüssen und detaillierten Forderungen an Politik und[Zeilenumbruch] Gesellschaft zum Ausdruck gebracht haben: [\[12\]](#)

~~Konflikte werden nicht durch Aufrüstung gelöst, sondern durch Entwaffnung, Rüstungsexportkontrollen, sowie Perspektivangebote für Betroffene. [\[10\]](#) Darüber hinaus ist neben einer Sicherheitspolitik jenseits von Macht und Militärlogik, eine gezielte Stärkung von Krisenprävention, humanitärer Hilfe sowie Bildung und Entwicklungszusammenarbeit essenziell zur Erhaltung und zum Wiederaufbau von Frieden. [\[11\]](#) Und auch angesichts wachsender autoritärer und militärischer Dynamiken ist eine friedensethische Weiterentwicklung nötig, die Menschenrechte, zivile Konfliktbearbeitung und nachhaltige Friedensordnung ins Zentrum stellt. Diplomatie und Friedensarbeit müssen vorrangig genutzt werden und militärische Verteidigung darf nur als letztes Mittel gewählt werden. [\[12\]](#)~~

Von Zeile 201 bis 205 löschen:

~~[10] “Kinder und Jugendliche wollen Frieden, keine Waffen”, Beschluss der BDJH-Hauptversammlung 2016.~~

~~[11] “Frieden ist mehr wert! Frieden und Sicherheit weiterentwickeln — Perspektive für alle Menschen schaffen”, Beschluss der BDJH-Hauptversammlung 2019.~~

Ä7

Antrag

Antragsberatung BDKJ-Hauptversammlung 2025

Initiator*innen: Helena Schmidt (BDKJ Paderborn)

Titel: **Ä7 zu A1 - Sicherung Hauptausschuss:
Freiwilligkeit stärken – keine Rückkehr zur
Wehrpflicht**

Antragstext

Von Zeile 176 bis 178 einfügen:

beschlossene Erklärung zur Wehrdienstdebatte [\[13\]](#) verstärkt in die politische Diskussion einzubringen und sich entsprechend für friedensethische Perspektiven, [Menschenrechte](#), [globale Gerechtigkeit](#) und die Rechte junger Menschen einzusetzen.

Ä8

Antrag

Antragsberatung BDKJ-Hauptversammlung 2025

Initiator*innen: Fidelis Stehle (BDKJ Rottenburg-Stuttgart)

Titel: **Ä8 zu A1 - Sicherung Hauptausschuss:
Freiwilligkeit stärken – keine Rückkehr zur
Wehrpflicht**

Antragstext

Von Zeile 179 bis 181 einfügen:

Wir sind davon überzeugt, dass junge Menschen ihr volles Potenzial entfalten können, wenn sie sich aus eigenem Antrieb engagieren. Gerade wenn Verteidigungsfähigkeit notwendig ist, bleibt Freiwilligkeit und Stärkung von jungen Menschen in einer Demokratie klug und erstrebenswert. Wenn diese durch die entsprechenden Rahmenbedingungen^[14] gefördert werden, ergeben sich nachhaltige

Ä9

Antrag

Antragsberatung BDKJ-Hauptversammlung 2025

Initiator*innen: BDKJ Speyer

Titel: **Ä9 zu A1 - Sicherung Hauptausschuss:
Freiwilligkeit stärken – keine Rückkehr zur
Wehrpflicht**

Antragstext

Von Zeile 194 bis 195 einfügen:

der BDKJ-Hauptversammlung 2024; „Jugend beteiligen jetzt!“, Beschluss der BDKJ-Hauptversammlung 2019.

[\[x\]: Volkswirtschaftliche Kosten einer Wiedereinführung der Wehrpflicht oder eines sozialen Pflichtjahres | Monographie \(Autorenschaft\) | ifo Institut](#)

Ä11

Antrag

Antragsberatung BDKJ-Hauptversammlung 2025

Initiator*innen: Helena Schmidt (BDKJ Paderborn)

Titel: **Ä11 zu A1 - Sicherung Hauptausschuss:
Freiwilligkeit stärken – keine Rückkehr zur
Wehrpflicht**

Antragstext

Von Zeile 140 bis 142:

7. tief in die persönliche Ethik, Psyche und Lebensperspektive eingreifen können. Deshalb müssen psychologische ~~und~~ sozialpädagogische und seelsorgliche Begleitstrukturen ein zentraler Bestandteil des Diensts sein. Es braucht

Antrag

Antragsberatung BDKJ-Hauptversammlung 2025

Initiator*innen: BDKJ-Bundesvorstand (dort beschlossen am: 08.11.2025)

Titel: **Ä12 zu A1 - Sicherung Hauptausschuss:
Freiwilligkeit stärken – keine Rückkehr zur
Wehrpflicht**

Antragstext

Von Zeile 110 bis 126:

5. werden. Jede Entscheidung muss frei getroffen werden können – unabhängig finanzieller Hintergründe und ungleicher Chancen.

~~Daher bekennt sich der BDKJ grundsätzlich zu einem Dreisäulenmodell. Dieses Modell betrachtet Freiwilligendienste (basierend auf den geforderten Rahmenbedingungen eines Rechtsanspruchs) und den Wehrdienst neben anderen Formen institutionalisierten Ehrenamts als gleichwertig ausgestaltete Säulen des Engagements, zwischen denen junge Menschen gleichberechtigt wählen können. Einen Wehersatzdienst in Form eines Zivildiensts als weiteres Format braucht es in diesem Modell nicht.~~

~~Zur Gleichwertigkeit zählt auch, dass die Anschreiben an junge Menschen nicht nur über den Dienst in der Bundeswehr informieren, sondern ebenso umfassend über alle zivilen Engagementmöglichkeiten aufklären und auf diese verweisen. Nur dies schafft eine echte Wahlfreiheit zwischen den Diensten, die im Sinne der Selbstbestimmung und des Abbaus des Klassismus unbedingt ermöglicht werden muss. Darüber hinaus werden bereits geleistete Dienste und ehrenamtliches Engagement in angemessener Form berücksichtigt und anerkannt.~~

Da ein möglicher Ersatzdienst – sei es nun ein reaktivierter “alter Zivildienst” oder ein neues Format – von den zivilgesellschaftlichen Strukturen maßgeblich umgesetzt werden müsste und unabhängig davon Auswirkungen auf die etablierten Freiwilligendienstformate haben würde, sind aus verbandlicher Sicht folgende Aspekte zu berücksichtigen: Es sollte eine differenzierte Auswertung der Erfahrungen des ehemaligen Zivildienstes stattfinden. Auch wenn Zivildienstleistende der Wehrüberwachung unterliegen und in einem verpflichtenden Dienstverhältnis stehen, sollte ein künftiger Dienst so ausgestaltet sein, dass gemeinwohlorientierte und unterstützende Tätigkeiten von den Zivildienstleistenden als sinnstiftend wahrgenommen werden. Die in den Freiwilligendiensten erprobten Elemente der Bildung und Begleitung sollten hier Berücksichtigung finden. Bei den Freiwilligendienstformaten handelt es sich um etablierte Bildungs- und Orientierungsangebote, in denen die Freiwilligen im Zentrum stehen. Diese Formate sind offen für Alle, unabhängig von Geschlecht, Nationalität, Gesundheit oder körperlichen Voraussetzungen und unterscheiden sich damit zentral vom neuen Wehrdienst sowie einem möglichen Ersatzdienst. Die pädagogische Begleitung ist der Kern dieser Formate und stellt sicher, dass dieses zeitintensive, rechtsverbindliche freiwillige Engagement ein Gewinn hoch drei ist: für die Freiwilligen, die Menschen in den Einrichtungen und die Gesellschaft als Ganzes. Die positiven Aspekte aus den Freiwilligendiensten sind unbedingt zu würdigen und bei der Ausgestaltung eines möglichen Ersatzdienstes mit einzubeziehen. Grundsätzlich müssen die Bedarfe junger Menschen Berücksichtigung finden. Es ist dafür Sorge zu tragen, dass es keine negativen Effekte gibt wie etwa:

- die Verdrängung gewissen Personengruppen aus dem BFD, da Plätze für Zivildienstleistende vorgehalten werden müssen. Darunter zählen insbesondere junge Frauen, Menschen ohne deutsche Staatsangehörigkeit, ältere Freiwillige oder von ausgemusterten jungen Männern,
- fehlende Anerkennung und Wertschätzung (materiell, immateriell sowie die sozioökonomische Absicherung) für zivilgesellschaftliche Dienste,
- eine Entwertung von sozialen Arbeitsfeldern, etwa weil Zivildienstleistende als nicht an den Mindestlohn gebundene Hilfskräfte eingesetzt werden,
- Verdrängung der Vielfalt an aktuellen Einsatzfeldern in den Freiwilligendiensten – beispielsweise in den Bereichen Kultur, Sport und Umwelt. Ein Großteil dieser potenziellen Negativ-Effekte kann durch die Umsetzung der drei Forderungen des

Konzepts der Vision 2030 abgedeckt werden.[\[4\]](#)

Ä14

Antrag

Antragsberatung BDKJ-Hauptversammlung 2025

Initiator*innen: BDKJ-Bundesvorstand (dort beschlossen am: 04.12.2025)

Titel: Ä14 zu A1 - Sicherung Hauptausschuss:
Freiwilligkeit stärken – keine Rückkehr zur
Wehrpflicht

Antragstext

Von Zeile 10 bis 15:

ALs Bund der Deutschen Katholischen Jugend (BDKJ)

~~Die Hauptversammlung des Bundes der Deutschen Katholischen Jugend (BDKJ) spricht sich innerhalb dieser Debatte gegen eine Reaktivierung der allgemeinen Wehrpflicht und gegen jede Form von zivilem oder sozialem Pflichtdienst aus. Wir bekräftigen unsere friedensethische Haltung~~begrüßen wir, dass der Deutsche Bundestag keine Reaktivierung der Wehrpflicht beschlossen hat und das ein erneutes parlamentarisches Verfahren notwendig ist, um über die Notwendigkeit der Einführung der sogenannten „Bedarfswehrpflicht“ zu entscheiden. Unsere Forderung ist, dass wir weiterhin auf die Freiwilligkeit der jungen Menschen setzen und uns gegen eine Reaktivierung der allgemeinen Wehrpflicht und gegen jede Form von zivilem oder sozialem Pflichtdienst aussprechen. Wir sind überzeugt davon, dass Sicherheit, Frieden und gesellschaftlicher Zusammenhalt nicht durch Pflichtdienste, sondern durch

Ä15

Antrag

Antragsberatung BDKJ-Hauptversammlung 2025

Initiator*innen: BDKJ-Bundesvorstand (dort beschlossen am: 04.12.2025)

Titel: **Ä15 zu A1 - Sicherung Hauptausschuss:
Freiwilligkeit stärken – keine Rückkehr zur
Wehrpflicht**

Antragstext

Von Zeile 35 bis 36:

1. grundsätzlich bereit ist, den Wehrdienst anzutreten. Ein Losverfahren ~~lehnen wir klar ab~~ sollte nur diejenigen betreffen, die ihre potenzielle Bereitschaft zum Wehrdienst erklärt haben und tauglich gemustert wurden.

Ä17

Antrag

Antragsberatung BDKJ-Hauptversammlung 2025

Initiator*innen: BDKJ-Bundesvorstand (dort beschlossen am: 04.12.2025)

Titel: Ä17 zu A1 - Sicherung Hauptausschuss:
Freiwilligkeit stärken – keine Rückkehr zur
Wehrpflicht

Antragstext

Von Zeile 92 bis 96:

Trotz unserer klaren Haltung, die Pflichtdienste grundsätzlich ablehnt, formulieren wir aufgrund der aktuellen Debatte zusätzliche Forderungen an die Bundesregierung für den Fall einer Reaktivierung der allgemeinen Wehrpflicht
~~Trotz unserer klaren Haltung, die Pflichtdienste grundsätzlich ablehnt, formulieren wir aufgrund der aktuellen Debatte zusätzliche Forderungen an die Bundesregierung für den Fall einer Reaktivierung der allgemeinen Wehrpflicht.~~oder Einführung der sogenannten Bedarfswehrpflicht. In diesem Fall muss deren Ausgestaltung möglichst gerecht, freiheitswährend und

Ä18

Antrag

Antragsberatung BDKJ-Hauptversammlung 2025

Initiator*innen: BDKJ-Bundesvorstand (dort beschlossen am: 04.12.2025)

Titel: **Ä18 zu A1 - Sicherung Hauptausschuss:
Freiwilligkeit stärken – keine Rückkehr zur
Wehrpflicht**

Antragstext

Von Zeile 136 bis 137 einfügen:

6. die Pflicht genommen werden. Friedenssicherung ist die Verantwortung aller Generationen. Für mehr Generationengerechtigkeit und zum Abwenden einer Wehrpflicht aufgrund einer zu geringen Personalstärke der Streitkräfte fordern wir eine stärkere Einbindung auch der Jahrgänge älter als 2008. Vorstellbar sind für uns Maßnahmen zur stärkeren und besseren Einbindung freiwilliger Reservedienstleistender in die Wehrstrukturen. Alle ehemaligen Wehrdienstleistenden werden ebenfalls angefragt, ob Sie zu einem Dienst und einer erneuten Musterung bereit wären. Diese Personengruppe könnte über freiwillige Reservedienstleistungen wieder befähigt werden. Ebenso sollten Lebensältere Menschen, die einen Beitrag im Zivil- oder Heimatschutz leisten möchten, angesprochen werden, ob sie auf freiwilliger Basis einen Beitrag leisten möchten.

Ä19

Antrag

Antragsberatung BDKJ-Hauptversammlung 2025

Initiator*innen: BDKJ-Bundesvorstand (dort beschlossen am: 05.12.2025)

Titel: **Ä19 zu A1 - Sicherung Hauptausschuss:
Freiwilligkeit stärken – keine Rückkehr zur
Wehrpflicht**

Antragstext

Von Zeile 9 bis 10 einfügen:

allgemeinen Wehrpflicht und die Einführung eines zivilen oder sozialen Pflichtdienstes in Deutschland wieder mit großer Intensität geführt^[3].

Vor diesem Hintergrund erscheint es uns notwendig, unsere friedensethische Orientierung deutlich zu machen. Daher bekräftigen wir in der Debatte weiterhin unsere friedensethische Haltung: Als Christ*innen und Europäer*innen stehen wir für Demokratie, Menschenrechte und einen gerechten, nachhaltigen Frieden ein, der auf der Friedensordnung der Vereinten Nationen, gewaltfreier Konfliktlösung, der Wahrung staatlicher Souveränität, internationaler Zusammenarbeit sowie der Umsetzung der Agenda 2030. [Verweis: "Menschen schützen – Gewalt überwinden – Frieden nachhaltig stärken", Beschluss der BDKJ-Hauptversammlung 2023.]

Ä20

Antrag

Antragsberatung BDKJ-Hauptversammlung 2025

Initiator*innen: BDKJ-Bundesvorstand (dort beschlossen am: 05.12.2025)

Titel: Ä20 zu A1 - Sicherung Hauptausschuss:
Freiwilligkeit stärken – keine Rückkehr zur
Wehrpflicht

Antragstext

Von Zeile 106 bis 112:

5. strukturell und gesellschaftlich gleichwertig ausgestattet und anerkannt werden.
~~Hierbei bedeutet die finanzielle Gleichwertigkeit, dass Anreize für einen Dienst nicht so ausgestaltet sein dürfen, dass Menschen aus sozioökonomisch schwachen Haushalten faktisch in einen Dienst gedrängt werden. Jede Entscheidung muss frei getroffen werden können – unabhängig finanzieller Hintergründe und ungleicher Chancen.~~ Deswegen fordern wir ein staatlich finanziertes Freiwilligengeld in allen Formen des Freiwilligendienstes, damit Freiwilligendienstleistende ein mit dem Sold Wehrpflichtiger und Zivildienstleistender vergleichbares Taschengeld erhalten können, dass eine Teilnahme am gesellschaftlichen Leben ermöglicht und sicherstellt. Nur so können Entscheidungen über einen Dienst frei getroffen werden – unabhängig von finanziellen Hintergründen und ungleichen Chancen.
Daher bekennt sich der BDKJ grundsätzlich zu einem Dreisäulenmodell.

Ä21

Antrag

Antragsberatung BDKJ-Hauptversammlung 2025

Initiator*innen: BDKJ-Bundesvorstand (dort beschlossen am: 05.12.2025)

Titel: **Ä21 zu A1 - Sicherung Hauptausschuss:
Freiwilligkeit stärken – keine Rückkehr zur
Wehrpflicht**

Antragstext

Nach Zeile 137 einfügen:

7. Freie Gewissensentscheidung

Das Recht auf Kriegsdienstverweigerung muss auch in Zeiten erhöhter sicherheitspolitischer Spannungen vollständig gewahrt bleiben. In diesem Zusammenhang sollte die kirchliche Beratung für Kriegsdienstverweigerer gemäß Art. 4 Abs. 3 GG wieder stärker ausgebaut und personell ausreichend unterstützt werden, etwa durch Einrichtungen wie die Katholische Arbeitsgemeinschaft für Kriegsdienstverweigerer.

Ä22

Antrag

Antragsberatung BDKJ-Hauptversammlung 2025

Initiator*innen: BDKJ-Bundesvorstand (dort beschlossen am: 05.12.2025)

Titel: Ä22 zu A1 - Sicherung Hauptausschuss:
Freiwilligkeit stärken – keine Rückkehr zur
Wehrpflicht

Antragstext

Von Zeile 41 bis 43:

2. weltwärts) und deren Träger strukturell, finanziell und rechtlich absichern. ~~Dazu gehört ein gesetzlicher~~ Wir begrüßen einerseits die deutliche Erhöhung der Fördermittel für die nationalen Freiwilligendienste ab dem Haushaltsjahr 2026, andererseits kritisieren wir die Kürzung der Mittel für die weltwärts Freiwilligendienste. Damit es eine wirkliche Stärkung der Freiwilligendienste gibt braucht es einen gesetzlichen Rechtsanspruch auf Förderung jeder abgeschlossenen Freiwilligendienstvereinbarung zwischen Freiwilligen,

Von Zeile 45 bis 47 einfügen:

2. mindestens auf BAföG-Niveau, um soziale Hürden abzubauen^[4]. Wir schließen uns insofern der Forderung nach einem Freiwilligendienste-Stärkungsgesetz an sowie einer Überarbeitung der Förderrichtlinie Jugendfreiwilligendienste RL-JFD. Freiwilliges Engagement darf keine Frage des Einkommens oder der

sozialen

Ä1

Antrag

Antragsberatung BDKJ-Hauptversammlung 2025

Initiator*innen: BDKJ Speyer (dort beschlossen am: 05.11.2025)

Titel: **Ä1 zu DA1 - NEU: Freiwilligkeit stärken – keine
Rückkehr zur Wehrpflicht**

Antragstext

Von Zeile 131 bis 143:

~~Als überzeugte Christ*innen und Europäer*innen halten wir an unseren Zielen und Werten fest, die wir in vielen Beschlüssen und detaillierten Forderungen an Politik und Gesellschaft zum Ausdruck gebracht haben: Konflikte werden nicht durch Aufrüstung gelöst, sondern durch Entwaffnung, Rüstungsexportkontrollen, sowie Perspektivangebote für Betroffene.[10] Darüber hinaus ist neben einer Sicherheitspolitik jenseits von Macht und Militärlogik, eine gezielte Stärkung von Krisenprävention, humanitärer Hilfe sowie Bildung und Entwicklungszusammenarbeit essenziell zur Erhaltung und zum Wiederaufbau von Frieden.[11] Und auch angesichts wachsender autoritärer und militärischer Dynamiken ist eine friedensethische Weiterentwicklung nötig, die Menschenrechte, zivile Konfliktbearbeitung und nachhaltige Friedensordnung ins Zentrum stellt. Diplomatie und Friedensarbeit müssen vorrangig genutzt werden und militärische Verteidigung darf nur als letztes Mittel gewählt werden.[12]~~

Als überzeugte Christ*innen und Europäer*innen halten wir an unseren sicherheitspolitischen und friedensethischen Positionen fest, die wir bereits in vielen Beschlüssen und detaillierten Forderungen an Politik und Gesellschaft zum Ausdruck gebracht haben. [12]

Von Zeile 176 bis 180 löschen:

~~[10] „Kinder und Jugendliche wollen Frieden, keine Waffen“, Beschluss der BDKJ-Hauptversammlung 2016.~~

~~[11] „Frieden ist mehr wert! Frieden und Sicherheit weiterentwickeln—Perspektive für alle Menschen schaffen“, Beschluss der BDKJ-Hauptversammlung 2019.~~

Begründung

Der Absatz behandelt auf abstrakter Ebene friedens- und sicherheitspolitische Forderungen, die bereits in vorherigen Beschlüssen dokumentiert sind. Einzelne Passagen sind zu pauschal formuliert und geben die ursprünglichen Beschlüsse nicht wörtlich und nur teilweise sinngemäß wieder (Bsp.: „Konflikte werden nicht durch Aufrüstung gelöst, sondern durch Entwaffnung, [...]“). Das könnte extern (z. B. in der politischen Lobbyarbeit) angesichts der aktuellen sicherheitspolitischen Lage als realitätsfern wahrgenommen werden, was die Glaubwürdigkeit unserer Position in der Debatte zur Wehrpflicht schwächen würde. Gleichzeitig könnte eine widersprüchliche Haltung zu neueren Beschlüssen entstehen (z. B. HV Mai 2023: „Die aktuellen Konflikte und allgemein die Rivalität zwischen den Staaten haben Fragen aufgeworfen, wie verteidigungsbereit das Bündnis der NATO sein muss. Aus unserer Perspektive ist ein deutlicher Fokus auf Möglichkeiten effektiver Verteidigung zu legen [...]“).

Das Streichen des Absatzes würde einer Verwässerung entgegenwirken und das jugendpolitische Kernanliegen des Antrags (Ablehnung von Wehrpflicht und Pflichtdiensten) stärken. Der Querverweis auf unseren aktuellsten Beschluss im Bereich Sicherheitspolitik und Friedensethik (HV Mai 2023) bleibt erhalten. Die Nummerierung müsste ggf. redaktionell angepasst werden.

Ä2

Antrag

Antragsberatung BDKJ-Hauptversammlung 2025

Initiator*innen: Alexander Lechner (BDKJ DV Augsburg)

Titel: **Ä2 zu DA1 - NEU: Freiwilligkeit stärken – keine
Rückkehr zur Wehrpflicht**

Antragstext

Nach Zeile 130 einfügen:

9. Kriegsdienstverweigerung

Das Recht zur Kriegsdienstverweigerung muss auch im Verteidigungsfall ein unumstößliches Grundrecht bleiben und darf nicht angetastet werden. In jedem Fall muss hierbei gewährleistet sein, dass niemand zu einem Dienst an der Waffe gezwungen wird. Das Verfahren der Verweigerung dieses Dienstes aus Gewissensgründen muss auch im Spannungs- und Verteidigungsfall niedrigschwellig möglich sein.

Begründung

Kriegsdienstverweigerung im Kriegsfall verboten

Ä3

Antrag

Antragsberatung BDKJ-Hauptversammlung 2025

Initiator*innen: Alexander Lechner (BDKJ DV Augsburg)

Titel: **Ä3 zu DA1 - NEU: Freiwilligkeit stärken – keine
Rückkehr zur Wehrpflicht**

Antragstext

Von Zeile 130 bis 134:

Ebenso fordern wir äquivalente sozialpädagogische Begleitstrukturen und Bildungsangebote für zivile Ersatzdienstleistende.

Als überzeugte Christ*innen und Europäer*innen halten wir an unseren Zielen und Werten fest, die wir in vielen Beschlüssen und detaillierten Forderungen an Politik und Gesellschaft zum Ausdruck gebracht haben:

~~Als überzeugte Christ*innen und Europäer*innen halten wir an unseren Zielen und Werten fest, die wir in vielen Beschlüssen und detaillierten Forderungen an Politik und Gesellschaft zum Ausdruck gebracht haben:~~

Konflikte werden nicht durch Aufrüstung gelöst, sondern durch Entwaffnung,

Ä4

Antrag

Antragsberatung BDKJ-Hauptversammlung 2025

Initiator*innen: Helena Schmidt (BDKJ DV Paderborn)

Titel: **Ä4 zu DA1 - NEU: Freiwilligkeit stärken – keine
Rückkehr zur Wehrpflicht**

Antragstext

Von Zeile 151 bis 153 einfügen:

beschlossene Erklärung zur Wehrdienstdebatte [\[13\]](#) verstärkt in die politische Diskussion einzubringen und sich entsprechend für friedensethische Perspektiven, [Menschenrechte](#), [globale Gerechtigkeit](#) und die Rechte junger Menschen einzusetzen.

Begründung

Unsere Kirche kann aktiv zur Förderung der Menschenrechte und der globalen Gerechtigkeit beitragen. Dadurch kann sie mithelfen, Konflikte zu verhindern und den Frieden in der Welt zu stärken.

Ä5

Antrag

Antragsberatung BDKJ-Hauptversammlung 2025

Initiator*innen: Helena Schmidt (BDKJ DV Paderborn)

Titel: **Ä5 zu DA1 - NEU: Freiwilligkeit stärken – keine
Rückkehr zur Wehrpflicht**

Antragstext

Von Zeile 115 bis 117:

8. tief in die persönliche Ethik, Psyche und Lebensperspektive eingreifen können. Deshalb müssen psychologische ~~und~~ sozialpädagogische und seelsorgliche Begleitstrukturen ein zentraler Bestandteil des Diensts sein. Es braucht

Ä6

Antrag

Antragsberatung BDKJ-Hauptversammlung 2025

Initiator*innen: BDKJ-Bundesvorstand (dort beschlossen am: 08.11.2025)

Titel: **Ä6 zu DA1 - NEU: Freiwilligkeit stärken – keine
Rückkehr zur Wehrpflicht**

Antragstext

Von Zeile 31 bis 34:

2. Die Jugendverbände und Freiwilligendienste zeigen seit Jahrzehnten, dass Engagement funktioniert, wenn es auf Freiwilligkeit beruht. Der Bund ~~mus~~und die Länder müssen bestehende Freiwilligendienste (wie FSJ, FÖJ, IJFD, ~~BFD~~BFD, weltwärts) und deren Träger strukturell, finanziell und rechtlich absichern. Dazu gehört ein

Von Zeile 36 bis 38:

2. Freiwilligendienstvereinbarung zwischen Freiwilligen, Trägern und Einsatzstellen und ~~eine staatliche Vergütung~~ein staatlich finanziertes Freiwilligengeld mindestens auf BAföG-Niveau, um soziale Hürden abzubauen^[4]. Wir schließen uns der Forderung nach einem

Ä7

Antrag

Antragsberatung BDKJ-Hauptversammlung 2025

Initiator*innen: BDKJ-Bundesvorstand (dort beschlossen am: 08.11.2025)

Titel: **Ä7 zu DA1 - NEU: Freiwilligkeit stärken – keine
Rückkehr zur Wehrpflicht**

Antragstext

Von Zeile 45 bis 48:

3. Lebensrealitäten betreffen. Es muss mit jungen Menschen gesprochen und ihre Meinung ernst genommen werden. Das gilt in der aktuellen Debatten um ~~die Reaktivierung des Wehrdiensts und den verpflichteten Ersatzdiensten~~ Wehrdienst besonders. Wir fordern daher die Absenkung des Wahlalters und das

Antrag

Antragsberatung BDKJ-Hauptversammlung 2025

Initiator*innen: BDKJ-Bundesvorstand (dort beschlossen am: 08.11.2025)

Titel: **Ä8 zu DA1 - NEU: Freiwilligkeit stärken – keine
Rückkehr zur Wehrpflicht**

Antragstext

Von Zeile 1 bis 10:

~~Angesichts der Zeitenwende, die durch den russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine und die damit einhergehende akute Bedrohung des Friedens in Europa eingeleitet wurde, sowie mit Blick auf die zunehmend volatile weltpolitische Lage, geraten Fragen der nationalen und europäischen Sicherheitspolitik verstärkt in den Fokus[1]. Hinzu kommen autoritäre und militärische Dynamiken sowie ein spürbarer Rechtsruck in vielen Teilen Europas, die den gesellschaftlichen Zusammenhalt und die demokratischen Werte massiv herausfordern[2]. In dieser Situation wird die Debatte um die Reaktivierung der allgemeinen Wehrpflicht und die Einführung eines zivilen oder sozialen Pflichtdienstes in Deutschland wieder mit großer Intensität geführt[3].~~

Der Bund der Deutschen Katholischen Jugend (BDKJ) begrüßt, dass die Bundesregierung trotz der herausfordernden sicherheitspolitischen Lage derzeit eine Reaktivierung der allgemeinen Wehrpflicht vermeiden möchte und höchstens als Ultima Ratio in Betracht zieht. Aus jugend- und gesellschaftspolitischer Perspektive sehen wir Freiwilligendienste und einen freiwilligen Wehrdienst als bessere und nachhaltigere Option für eine resiliente Gesellschaft, unsere Verteidigung und die vielfältigen Lebensrealitäten junger Menschen an. In einer sich dynamisch verändernden Situation und Debatte möchten wir stets gesellschaftliche Resilienz, Generationen- und

Geschlechtergerechtigkeit, sowie möglichst viel freiwilliges Engagement von jungen Menschen verwirklichen.

Ä9

Antrag

Antragsberatung BDKJ-Hauptversammlung 2025

Initiator*innen: BDKJ-Bundesvorstand (dort beschlossen am: 08.11.2025)

Titel: **Ä9 zu DA1 - NEU: Freiwilligkeit stärken – keine
Rückkehr zur Wehrpflicht**

Antragstext

Von Zeile 18 bis 20:

~~Wir fordern daher die Stärkung freiwilliger Engagementmöglichkeiten aller gesellschaftlicher Bereiche in strukturellen, pädagogischen und finanziellen Aspekten. Das bedeutet für uns konkret:~~

Wir setzen uns für eine starke und resiliente Gesellschaft ein. Dazu gehört für uns die Stärkung von freiwilligen Engagement in Zivilgesellschaft, Katastrophenschutz und auch in der Bundeswehr. In der aktuellen Debatte sind uns folgende Aspekte wichtig:

Ä10

Antrag

Antragsberatung BDKJ-Hauptversammlung 2025

Initiator*innen: BDKJ-Bundesvorstand (dort beschlossen am: 08.11.2025)

Titel: **Ä10 zu DA1 - NEU: Freiwilligkeit stärken – keine
Rückkehr zur Wehrpflicht**

Antragstext

Von Zeile 57 bis 62:

4. **Notwendige Begleitstrukturen.** Psychologische, seelsorgliche, berufsvorbereitende und sozialpädagogische Begleitstrukturen müssen ein zentrales Element für Menschen in ~~Freiwilligendiensten sein~~ allen Dienstensein. Dafür müssen die bestehenden Anlaufstellen und Träger systematisch unterstützt und ausgebaut werden. ~~Ebenso braucht es diskriminierungs~~ Hierzu gehört ebenso der Ausbau von diskriminierungs- und rassismussensible Strukturen sowie wirksame Präventions- und Schutzkonzepte gegen sexualisierte Gewalt.

Ä11

Antrag

Antragsberatung BDKJ-Hauptversammlung 2025

Initiator*innen: BDKJ-Bundesvorstand (dort beschlossen am: 08.11.2025)

Titel: Ä11 zu DA1 - NEU: Freiwilligkeit stärken – keine
Rückkehr zur Wehrpflicht

Antragstext

Von Zeile 63 bis 67:

~~Trotz unserer klaren Haltung, die Pflichtdienste grundsätzlich ablehnt, formulieren wir aufgrund der aktuellen Debatte zusätzliche Forderungen an die Bundesregierung für den Fall einer Reaktivierung der allgemeinen Wehrpflicht. Denn dann muss sie möglichst gerecht, freiheitswährend und verantwortungsvoll ausgestaltet sein. Das bedeutet für uns konkret:~~

Aufgrund unserer 70-jährigen Befassung mit friedensethischen Themen und jahrzentelanger Befassung mit zivilgesellschaftlichen und militärischen Diensten aus jugendpolitischer und gesellschaftspolitischer Perspektive, haben wir eine klare Haltung entwickelt. Folgende Aspekte müssen in der aktuellen Debatte Berücksichtigung finden:

Antrag

Antragsberatung BDKJ-Hauptversammlung 2025

Initiator*innen: BDKJ Bundesvorstand (dort beschlossen am: 08.11.2025)

Titel: **Ä12 zu DA1 - NEU: Freiwilligkeit stärken – keine
Rückkehr zur Wehrpflicht**

Antragstext

Von Zeile 113 bis 130:

8. ~~Notwendige Begleitstrukturen:~~

~~Im militärischen Dienst sind Menschen mit Situationen konfrontiert, die tief in die persönliche Ethik, Psyche und Lebensperspektive eingreifen können. Deshalb müssen psychologische und sozialpädagogische Begleitstrukturen ein zentraler Bestandteil des Diensts sein. Es braucht auch hier diskriminierungs- und rassismussensible Strukturen sowie wirksame Präventions- und Schutzkonzepte gegen sexualisierte Gewalt. Besonders hervorzuheben ist in diesem Kontext, dass junge Menschen nicht zu Tätigkeiten verpflichtet werden dürfen, die ihrer psychischen Gesundheit schaden oder Diskriminierung oder Traumatisierungen fördern.~~

~~Als positives Beispiel engagiert sich der BDKJ mit der "aktion kaserne" gezielt für junge Soldat*innen. Dabei bieten wir politische und ethische Bildungsangebote an, die das Leitbild des "Staatsbürgers in Uniform" stärken. Zudem unterstützen wir sie dabei, Möglichkeiten für ehrenamtliches Engagement im Rahmen der Streitkräfte wahrzunehmen und sich als Vertrauenspersonen zu qualifizieren. Dieses Engagement ist Teil unseres Beitrags zur Stärkung der ethischen und sozialen Begleitung im militärischen Umfeld.~~[\[9\]](#)

8. Notwendige Begleitstrukturen.

In allen Diensten können Menschen mit herausfordernden Situationen konfrontiert werden. Deswegen braucht es angemessene Unterstützung für junge Menschen, die an die jeweiligen Bedürfnisse angepasst sind. Hierzu gehören insbesondere psychologische, seelsorgliche und sozialpädagogische Begleitstrukturen.

Ä13

Antrag

Antragsberatung BDKJ-Hauptversammlung 2025

Initiator*innen: BDKJ-Bundesvorstand (dort beschlossen am: 08.11.2025)

Titel: **Ä13 zu DA1 - NEU: Freiwilligkeit stärken – keine
Rückkehr zur Wehrpflicht**

Antragstext

Nach Zeile 130 einfügen:

9. Interessensvertretung und Bildungsangebote in Diensten

Unser Träger verfügen über langjährige Erfahrung in der Ausgestaltung und Begleitung von Freiwilligendienstleistenden. Neben der Durchführung von Bildungs- und Begleitseminaren entwickeln und erproben wir seit vielen Jahren Formate, die junge Menschen in ihrer persönlichen, sozialen und spirituellen Entwicklung unterstützen.

Mit der aktion kaserne haben wir zudem ein spezielles Angebot für junge Soldatinnen und Soldaten in der Bundeswehr geschaffen. Diese Initiative ermöglicht es, Themen wie Werteorientierung, Partizipation und Verantwortung auch im militärischen Kontext zu fördern.

Diese Erfahrung bringen wir in den zukünftigen Diskurs und die Ausgestaltung ein.

Ä14

Antrag

Antragsberatung BDKJ-Hauptversammlung 2025

Initiator*innen: BDKJ-Bundesvorstand (dort beschlossen am: 08.11.2025)

Titel: Ä14 zu DA1 - NEU: Freiwilligkeit stärken – keine
Rückkehr zur Wehrpflicht

Antragstext

Von Zeile 104 bis 112:

7. Generationengerechtigkeit.

~~Es ist unfair und unsolidarisch, gesellschaftliche~~ Gesellschaftliche
Herausforderungen und Krisen erfordern gemeinsames Handeln und Solidarität
über alle Altersgruppen hinweg. Es darf nicht allein in die an jungen Menschen
liegen. Verantwortung zu übernehmen und ~~Kompensation der jungen~~
~~Generationen~~ die Folgen politischer oder gesellschaftlicher Krisen zu legen
kompensieren, wie es ~~bereits in vergangenen Krisen~~ [7] geschehen ist ~~der~~
Vergangenheit schon der Fall war [6].

~~Generationengerechtigkeit~~ Generationengerechtigkeit muss Kompass
politischer Verantwortung sein [8]. ~~Sie bedeutet für uns, Verantwortung für~~ Dies
bedeutet. Sicherheit, Freiheit und gesellschaftlichen Zusammenhalt solidarisch
über alle Altersgruppen hinweg zu tragen. Deshalb sollen nicht nur junge
Menschen in die Pflicht genommen werden. Friedenssicherung ist die
Verantwortung aller Generationen.

Ä15

Antrag

Antragsberatung BDKJ-Hauptversammlung 2025

Initiator*innen: BDKJ-Bundesvorstand (dort beschlossen am: 08.11.2025)

Titel: Ä15 zu DA1 - NEU: Freiwilligkeit stärken – keine
Rückkehr zur Wehrpflicht

Antragstext

Von Zeile 68 bis 71:

5. Gleichwertigkeit ~~von militärischem und zivilem Dienst.~~
~~Die militärischen und zivilen Dienste müssen finanziell, strukturell und gesellschaftlich gleichwertig ausgestattet und anerkannt sein.~~ aller Dienste.
Alle Dienste in zivilgesellschaftlichen, militärischen sowie die
Helfendienste (sogenannte Blaulichtorganisationen) müssen finanziell, strukturell
und gesellschaftlich gleichwertig ausgestattet und anerkannt werden. Hierbei
bedeutet die finanzielle Gleichwertigkeit, dass Anreize für einen Dienst

Ä16

Antrag

Antragsberatung BDKJ-Hauptversammlung 2025

Initiator*innen: BDKJ-Bundesvorstand (dort beschlossen am: 08.11.2025)

Titel: **Ä16 zu DA1 - NEU: Freiwilligkeit stärken – keine
Rückkehr zur Wehrpflicht**

Antragstext

Von Zeile 69 bis 74 löschen:

5. Die militärischen und zivilen Dienste müssen finanziell, strukturell und gesellschaftlich gleichwertig ausgestattet und anerkannt sein. ~~Hierbei bedeutet die finanzielle Gleichwertigkeit, dass Anreize für einen Dienst nicht so ausgestaltet sein dürfen, dass Menschen aus sozioökonomisch schwachen Haushalten faktisch in einen Dienst gedrängt werden.~~ Jede Entscheidung muss frei getroffen werden können – unabhängig finanzieller

Ä18

Antrag

Antragsberatung BDKJ-Hauptversammlung 2025

Initiator*innen: BDKJ-Bundesvorstand (dort beschlossen am: 08.11.2025)

Titel: **Ä18 zu DA1 - NEU: Freiwilligkeit stärken – keine
Rückkehr zur Wehrpflicht**

Antragstext

Von Zeile 21 bis 24:

1. Freiwilligkeit statt Pflicht.

Junge Menschen dürfen in Friedenszeiten nicht zu einem Dienst gezwungen werden. Ein allgemeiner Pflichtdienst, unabhängig, ob militärisch, in zivilgesellschaftlichen Diensten oder zivilHilfsorganisationen (sogenannte Blaulichtorganisationen), ist ein tiefer Eingriff in die Grund- und Freiheitsrechte und widerspricht unserer

Ä19

Antrag

Antragsberatung BDKJ-Hauptversammlung 2025

Initiator*innen: BDKJ-Bundesvorstand (dort beschlossen am: 08.11.2025)

Titel: **Ä19 zu DA1 - NEU: Freiwilligkeit stärken – keine
Rückkehr zur Wehrpflicht**

Antragstext

Von Zeile 26 bis 29 löschen:

1. würde junge Menschen entmündigen, anstatt sie zu befähigen, freiwillig Verantwortung zu übernehmen. ~~Eine Musterung darf zudem nur dann erfolgen, wenn eine Person grundsätzlich bereit ist, den Wehrdienst anzutreten. Ein Losverfahren lehnen wir klar ab.~~

Begründung

Dieser Teil soll inhaltlich nach unten geschoben werden mit dem Ziel einer Auseinandersetzung. Wegen textlicher Umstellung und der Übersicht erfolgt dies aber in getrennten Änderungsanträgen.

Ä20

Antrag

Antragsberatung BDKJ-Hauptversammlung 2025

Initiator*innen: BDKJ-Bundesvorstand (dort beschlossen am: 08.11.2025)

Titel: **Ä20 zu DA1 - NEU: Freiwilligkeit stärken – keine
Rückkehr zur Wehrpflicht**

Antragstext

Von Zeile 40 bis 41 einfügen:

2. Frage des Einkommens oder der sozialen Herkunft sein, um soziale Hürden abzubauen[5].Zur Gleichwertigkeit dieser Engagementformen zählt zudem, dass Anschreiben an junge Menschen nicht nur über den Dienst in der Bundeswehr informieren, sondern ebenso umfassend über alle zivilen Engagementmöglichkeiten aufklären und auf diese verweisen. Nur so entsteht echte Wahlfreiheit zwischen den Diensten, die im Sinne der Selbstbestimmung und des Abbaus von Klassismus unbedingt gewährleistet werden muss.

Begründung

Hochgezogen aus den Zeilen 83-88 und sprachlich Angepasst.

Antrag

Antragsberatung BDKJ-Hauptversammlung 2025

Initiator*innen: BDKJ-Bundesvorstand (dort beschlossen am: 08.11.2025)

Titel: **Ä21 zu DA1 - NEU: Freiwilligkeit stärken – keine
Rückkehr zur Wehrpflicht**

Antragstext

Von Zeile 42 bis 55:

3. **Politische Verantwortung und Beteiligung**.[Zeilenumbruch]
3. Junge Menschen und ihre Verbände müssen ~~unverzüglich, dauerhaft~~dauerhaft, verbindlich und ~~ernsthaft~~wirksam in alle politischen Prozesse einbezogen werden, die ihre ~~Lebensrealitäten~~Gegenwart und Zukunft betreffen. ~~Es muss~~Dies beinhaltet, mit jungen Menschen ~~gesprochen und zu sprechen~~, ihre ~~Meinung~~Perspektiven ernst ~~genommen werden zu nehmen und sie systematisch an politischen Entscheidungen zu beteiligen~~. Das gilt in ~~der~~ aktuellen Debatten um ~~die Reaktivierung des Wehrdiensts und den verpflichteten Ersatzdiensten~~Wehrdienst besonders.[Leerzeichen]
3. Wir fordern ~~daher~~deshalb die Absenkung des Wahlalters ~~und das Zusprechen des aktiven Wahlrechts~~ für junge ~~Menschen~~Menschen^[6], um politische Teilhabe strukturell zu sichern. Darüber hinaus müssen Jugendverbände als zentrale Orte demokratischer Bildung, Mitbestimmung und Friedenserziehung gefördert und systematisch in politische Prozesse ~~einbezogene~~eingebunden werden. ~~Hier benötigt~~

3. Dafür braucht es ~~Beteiligungsmaßnahmen, mittels derer verbindliche~~ Beteiligungsmechanismen, die sicherstellen, dass Kinder, Jugendliche und junge ~~Menschen~~Erwachsene aktiv Einfluss auf politische Entscheidungen nehmen können. Die Positionierungen und Stellungnahmen von Jugendverbänden ~~sowie deren Stellungnahmen~~– insbesondere im Rahmen der Verbändebeteiligung ~~im~~bei Gesetzgebungsverfahren – müssen in den politischen Entscheidungen Einfluss findenspürbar berücksichtigt werden. Nur so wird Beteiligung zur gelebten Demokratie und junge Menschen werden als gleichberechtigte politische Akteur*innen anerkannt.

Ä22

Antrag

Antragsberatung BDKJ-Hauptversammlung 2025

Initiator*innen: BDKJ-Bundesvorstand (dort beschlossen am: 08.11.2025)

Titel: **Ä22 zu DA1 - NEU: Freiwilligkeit stärken – keine
Rückkehr zur Wehrpflicht**

Antragstext

Nach Zeile 143 einfügen:

Um den Diskurs im Verband und der Gesellschaft weiter mitzugestalten, widmen wir uns folgenden Fragestellungen:

- Wie könnten Prinzipien für eine gerechte Auswahl von Menschen für einen möglichen Pflichtdienst gestaltet werden?
- Wie können feministische Perspektiven in der sicherheitspolitischen Debatte systematisch berücksichtigt und gestärkt werden?
- Welche sozialen, ökonomischen und strukturellen Auswirkungen haben Dienstpflichten auf Bildungs-, Erwerbs- und Lebensbiografien junger Menschen – insbesondere in Bezug auf Geschlechtergerechtigkeit und vielfältige Lebensrealitäten?
- Wie sehen gute Rahmenbedingungen für junge Menschen in Wehr- und Ersatzdiensten aus?
- Wie sehen Gelingensfaktoren ziviler Ersatzdienste aus?

- Wie kann die Unterstützung junger Menschen in (Pflicht-)Diensten unter Berücksichtigung der Jahrzehntelangen guten Erfahrung in den Freiwilligendiensten hinsichtlich wirksamer pädagogischer Konzepte, mentaler Gesundheit, seelsorgliche Unterstützung, politischer Bildung und beruflicher Orientierung weiterentwickelt werden?
- Wie kann sichergestellt werden, dass der Kriegsdienst aus Gewissensgründen einfach und ohne hohe Hürden verweigert werden kann?
- Wie kann eine gesamtgesellschaftliche Resilienz sichergestellt werden?

Ä23

Antrag

Antragsberatung BDKJ-Hauptversammlung 2025

Initiator*innen: BDKJ-Bundesvorstand (dort beschlossen am: 08.11.2025)

Titel: **Ä23 zu DA1 - NEU: Freiwilligkeit stärken – keine
Rückkehr zur Wehrpflicht**

Antragstext

Von Zeile 68 bis 90:

5. ~~Gleichwertigkeit von militärischem und zivilem Dienst.~~

~~Die militärischen und zivilen Dienste müssen finanziell, strukturell und gesellschaftlich gleichwertig ausgestattet und anerkannt sein. Hierbei bedeutet die finanzielle Gleichwertigkeit, dass Anreize für einen Dienst nicht so ausgestaltet sein dürfen, dass Menschen aus sozioökonomisch schwachen Haushalten faktisch in einen Dienst gedrängt werden. Jede Entscheidung muss frei getroffen werden können – unabhängig finanzieller Hintergründe und ungleicher Chancen.~~

~~Daher bekennt sich der BDKJ grundsätzlich zu einem Dreisäulenmodell. Dieses Modell betrachtet Freiwilligendienste (basierend auf den geforderten Rahmenbedingungen eines Rechtsanspruchs) und den Wehrdienst neben anderen Formen institutionalisierten Ehrenamts als gleichwertig ausgestaltete Säulen des Engagements, zwischen denen junge Menschen gleichberechtigt wählen können. Einen Wehersatzdienst in Form eines Zivildiensts als weiteres Format braucht es in diesem Modell nicht.~~

~~Zur Gleichwertigkeit zählt auch, dass die Anschreiben an junge Menschen nicht nur über den Dienst in der Bundeswehr informieren, sondern ebenso umfassend~~

~~über alle zivilen Engagementmöglichkeiten aufklären und auf diese verweisen. Nur dies schafft eine echte Wahlfreiheit zwischen den Diensten, die im Sinne der Selbstbestimmung und des Abbaus des Klassismus unbedingt ermöglicht werden muss. Darüber hinaus werden bereits geleistete Dienste und ehrenamtliches Engagement in angemessener Form berücksichtigt und anerkannt.~~

5. Gleichwertigkeit von militärischem und zivilem Dienst.

Die militärischen und zivilen Dienste müssen finanziell, strukturell und gesellschaftlich gleichwertig ausgestattet und anerkannt sein. Hierbei bedeutet die finanzielle Gleichwertigkeit, dass Anreize für einen Dienst nicht so ausgestaltet sein dürfen, dass Menschen aus sozioökonomisch schwachen Haushalten faktisch in einen Dienst gedrängt werden. Jede Entscheidung muss frei getroffen werden können – unabhängig finanzieller Hintergründe und ungleicher Chancen. Da ein möglicher Ersatzdienst – sei es nun ein reaktivierter “alter Zivildienst” oder ein neues Format – von den zivilgesellschaftlichen Strukturen maßgeblich umgesetzt werden müsste und unabhängig davon Auswirkungen auf die etablierten Freiwilligendienstformate haben würde, sind aus verbandlicher Sicht folgende Aspekte zu berücksichtigen: Es sollte eine differenzierte Auswertung der Erfahrungen des ehemaligen Zivildienstes stattfinden. Auch wenn Zivildienstleistende der Wehrüberwachung unterliegen und in einem verpflichtenden Dienstverhältnis stehen, sollte ein künftiger Dienst so ausgestaltet sein, dass gemeinwohlorientierte und unterstützende Tätigkeiten von den Zivildienstleistenden als sinnstiftend wahrgenommen werden. Die in den Freiwilligendiensten erprobten Elemente der Bildung und Begleitung sollten hier Berücksichtigung finden. Bei den Freiwilligendienstformaten handelt es sich um etablierte Bildungs- und Orientierungsangebote, in denen die Freiwilligen im Zentrum stehen. Diese Formate sind offen für Alle, unabhängig von Geschlecht, Nationalität, Gesundheit oder körperlichen Voraussetzungen und unterscheiden sich damit zentral vom neuen Wehrdienst sowie einem möglichen Ersatzdienst. Die pädagogische Begleitung ist der Kern dieser Formate und stellt sicher, dass dieses zeitintensive, rechtsverbindliche freiwillige Engagement ein Gewinn hoch drei ist: für die Freiwilligen, die Menschen in den Einrichtungen und die Gesellschaft als Ganzes. Die positiven Aspekte aus den Freiwilligendiensten sind unbedingt zu würdigen und bei der Ausgestaltung eines möglichen Ersatzdienstes mit einzubeziehen. Grundsätzlich müssen die Bedarfe junger Menschen Berücksichtigung finden. Es ist dafür Sorge zu tragen, dass es keine negativen Effekte gibt wie etwa:

- die Verdrängung gewissen Personengruppen aus dem BFD, da Plätze für

Zivildienstleistende vorgehalten werden müssen. Darunter zählen insbesondere junge Frauen, Menschen ohne deutsche Staatsangehörigkeit, ältere Freiwillige oder von ausgemusterten jungen Männern,

- fehlende Anerkennung und Wertschätzung (materiell, immateriell sowie die sozioökonomische Absicherung) für zivilgesellschaftliche Dienste,
- eine Entwertung von sozialen Arbeitsfeldern, etwa weil Zivildienstleistende als nicht an den Mindestlohn gebundene Hilfskräfte eingesetzt werden,
- Verdrängung der Vielfalt an aktuellen Einsatzfeldern in den Freiwilligendiensten – beispielsweise in den Bereichen Kultur, Sport und Umwelt. Ein Großteil dieser potenziellen Negativ-Effekte kann durch die Umsetzung der drei Forderungen des Konzepts der Vision 2030⁴ abgefedert werden.

Ä24

Antrag

Antragsberatung BDKJ-Hauptversammlung 2025

Initiator*innen: Anna Klüsener (BDKJ Bundesfrauenpräsidium)

Titel: Ä24 zu DA1 - NEU: Freiwilligkeit stärken – keine
Rückkehr zur Wehrpflicht

Antragstext

Nach Zeile 56 einfügen:

4. Gleichbehandlung und Geschlechtergerechtigkeit.

Engagement-, sicherheits- und sozialpolitische Diskurse müssen nicht nur zusammengedacht, sondern so gestaltet werden, dass feministische Perspektiven systematisch einbezogen und gestärkt werden. In den Debatten um Wehrdienst ist daher zu berücksichtigen, welche sozialen, ökonomischen und strukturellen Auswirkungen solche Modelle auf Bildungs- und Erwerbsbiografien sowie Lebensverläufe junger Menschen haben – insbesondere im Hinblick auf Geschlechtergerechtigkeit. Dabei bedeutet Geschlechtergerechtigkeit nicht, alle gleich zu behandeln, sondern die unterschiedlichen Lebensrealitäten, Chancen und Belastungen von Menschen gerecht zu berücksichtigen.

Von Zeile 91 bis 103 löschen:

~~6. Gleichbehandlung und Geschlechtergerechtigkeit.~~

~~Ein Wehrdienst müsste geschlechtergerecht und diskriminierungsfrei ausgestaltet~~

~~werden. Modelle, die ausschließlich junge Männer erfassen, verstoßen gegen unsere Haltung zu Geschlechtergerechtigkeit sowie aus unserer Sicht gegen Artikel 3 des Grundgesetzes. Daher lehnen eine Verpflichtung auf Grundlage des Geschlechts entschieden ab und fordern stattdessen freiwillige, diskriminierungsfreie Beteiligungsmöglichkeiten für alle Geschlechter. Geschlechtergerechtigkeit bedeutet dabei nicht, alle gleich zu behandeln, sondern die unterschiedlichen Lebensrealitäten und Belastungen von Menschen gerecht zu berücksichtigen. Dazu gehört auch, dass alle Verfahren – von den Fragebögen, über die Musterung bis hin zu Auswahlprozessen – geschlechtsneutral, diskriminierungsfrei und inklusiv gestaltet werden.~~

Begründung

mündlich

Ä25

Antrag

Antragsberatung BDKJ-Hauptversammlung 2025

Initiator*innen: BDKJ Rottenburg Stuttgart (dort beschlossen am: 08.11.2025)

Titel: **Ä25 zu DA1 - NEU: Freiwilligkeit stärken – keine
Rückkehr zur Wehrpflicht**

Antragstext

Von Zeile 130 bis 131 einfügen:

Kriegsdienstverweigerung und Gewissensentscheidungen müssen dabei ein
anerkannter, angemessen geförderter und seelsorgerisch begleiteter Weg bleiben,
insbesondere in der Jugendpastoral und Jugendarbeit.

Ä26

Antrag

Antragsberatung BDKJ-Hauptversammlung 2025

Initiator*innen: BDKJ Rottenburg Stuttgart (dort beschlossen am: 08.11.2025)

Titel: **Ä26 zu DA1 - NEU: Freiwilligkeit stärken – keine
Rückkehr zur Wehrpflicht**

Antragstext

Nach Zeile 112 einfügen:

Die mögliche Wiedereinführung einer Wehrpflicht verursacht erhebliche Kosten – sowohl direkt (Personal, Unterbringung, Ausbildung, etc.) als auch indirekt (verzögerter Einstieg in Ausbildung/Beruf, Produktivitätsverluste, etc.). Kostenschätzungen deuten darauf hin, dass bereits bei moderater Einzugsquote ein volkswirtschaftlicher Schaden von ca. 170 Milliarden Euro pro Jahr entsteht [X]. Eine allgemeine Wehrpflicht ist dahingehen Generationenungerecht.

Von Zeile 169 bis 170 einfügen:

der BDKJ-Hauptversammlung 2024; „Jugend beteiligen jetzt!“, Beschluss der BDKJ-Hauptversammlung 2019.

[\[X\] Volkswirtschaftliche Kosten einer Wiedereinführung der Wehrpflicht oder eines sozialen Pflichtjahres | Monographie \(Autorenschaft\) | ifo Institut](#)

Ä27

Antrag

Antragsberatung BDKJ-Hauptversammlung 2025

Initiator*innen: BDKJ Rottenburg Stuttgart (dort beschlossen am: 08.11.2025)

Titel: **Ä27 zu DA1 - NEU: Freiwilligkeit stärken – keine
Rückkehr zur Wehrpflicht**

Antragstext

Von Zeile 10 bis 11 einfügen:

Notwendige Verteidigungsfähigkeit ist ohne Wehrpflicht möglich: Es gibt andere Staaten, Modelle und Expertisen, die zeigen: Eine ausreichend starke und leistungsfähige Bundeswehr lässt sich u.a. auch durch Freiwillige, Reservisten, bessere Anreize, Gehälter und Ausstattung aufbauen.

Ä29

Antrag

Antragsberatung BDKJ-Hauptversammlung 2025

Initiator*innen: BDKJ Rottenburg Stuttgart (dort beschlossen am: 08.11.2025)

Titel: **Ä29 zu DA1 - NEU: Freiwilligkeit stärken – keine
Rückkehr zur Wehrpflicht**

Antragstext

Von Zeile 154 bis 156 einfügen:

Wir sind davon überzeugt, dass junge Menschen ihr volles Potenzial entfalten können, wenn sie sich aus eigenem Antrieb engagieren. Gerade wenn Verteidigungsfähigkeit notwendig ist, bleibt Freiwilligkeit und Stärkung von jungen Menschen in einer Demokratie klug und erstrebenswert. Wenn diese durch die entsprechenden Rahmenbedingungen^[14] gefördert werden, ergeben sich nachhaltige

Ä30

Antrag

Antragsberatung BDKJ-Hauptversammlung 2025

Initiator*innen: Pauline Sippel (DV Fulda)

Titel: **Ä30 zu DA1 - NEU: Freiwilligkeit stärken – keine
Rückkehr zur Wehrpflicht**

Antragstext

Von Zeile 0 bis 2 einfügen:

Der Hauptausschuss und der Bundesvorstand werden damit beauftragt eine neue Positionierung zum Thema Wehrpflicht zu erarbeiten. Dafür sollen verbandsoffene Austausch- und Beteiligungsräume geschaffen werden und die bereits vorliegenden Schriftstücke als Grundlage genutzt werden.

Der Bundesvorstand bringt die bestehenden Überlegungen nach eigenem Ermessen und auf Grundlage bereits bestehender Beschlüsse in seine Lobbyarbeit ein.

Ä1

Antrag

Antragsberatung BDKJ-Hauptversammlung 2025

Initiator*innen: BDKJ-Bundesvorstand

Titel: Ä1 zu Hauptausschuss Sicherung: Freiwilligkeit stärken – keine Rückkehr zur Wehrpflicht

Antragstext

Von Zeile 163 bis 180:

7. ~~Notwendige Begleitstrukturen.~~

~~Im militärischen Dienst sind Menschen mit Situationen konfrontiert, die tief in die persönliche Ethik, Psyche und Lebensperspektive eingreifen können. Deshalb müssen psychologische und sozialpädagogische Begleitstrukturen ein zentraler Bestandteil des Diensts sein. Es braucht auch hier diskriminierungs- und rassismussensible Strukturen sowie wirksame Präventions- und Schutzkonzepte gegen sexualisierte Gewalt. Besonders hervorzuheben ist in diesem Kontext, dass junge Menschen nicht zu Tätigkeiten verpflichtet werden dürfen, die ihrer psychischen Gesundheit schaden oder Diskriminierung oder Traumatisierungen fördern.~~

~~Als positives Beispiel engagiert sich der BDKJ mit der "aktion kaserne" gezielt für junge Soldat*innen. Dabei bieten wir politische und ethische Bildungsangebote an, die das Leitbild des "Staatsbürgers in Uniform" stärken. Zudem unterstützen wir sie dabei, Möglichkeiten für ehrenamtliches Engagement im Rahmen der Streitkräfte wahrzunehmen und sich als Vertrauenspersonen zu qualifizieren. Dieses Engagement ist Teil unseres Beitrags zur Stärkung der ethischen und sozialen Begleitung im militärischen Umfeld.~~[\[9\]](#)

7. Notwendige Begleitstrukturen: In allen Diensten können Menschen mit herausfordernenden Situationen konfrontiert werden. Deswegen braucht es angemessene Unterstützung für junge Menschen, die an die jeweiligen Bedürfnisse angepasst sind. Hierzu gehören insbesondere psychologische, seelsorgliche und sozialpädagogische Begleitstrukturen.

Ä2

Antrag

Antragsberatung BDKJ-Hauptversammlung 2025

Initiator*innen: Alexander Lechner (BDKJ DV Augsburg)

Titel: Ä2 zu Hauptausschuss Sicherung: Freiwilligkeit stärken – keine Rückkehr zur Wehrpflicht

Antragstext

Nach Zeile 180 einfügen:

8. Kriegsdienstverweigerung Das Recht zur Kriegsdienstverweigerung muss auch im Verteidigungsfall ein unumstößliches Grundrecht bleiben und darf nicht angetastet werden. In jedem Fall muss hierbei gewährleistet sein, dass niemand zu einem Dienst an der Waffe gezwungen wird. Das Verfahren der Verweigerung dieses Dienstes aus Gewissensgründen muss auch im Spannungs- und Verteidigungsfall niedrigschwellig möglich sein.

Ä3

Antrag

Antragsberatung BDKJ-Hauptversammlung 2025

Initiator*innen: Alexander Lechner (BDKJ DV Augsburg)

Titel: **Ä3 zu Hauptausschuss Sicherung: Freiwilligkeit stärken – keine Rückkehr zur Wehrpflicht**

Antragstext

Nach Zeile 180 einfügen:

Ebenso fordern wir äquivalente sozialpädagogische Begleitstrukturen und Bildungsangebote für zivile Ersatzdienstleistende.

Ä4

Antrag

Antragsberatung BDKJ-Hauptversammlung 2025

Initiator*innen: BDKJ-Bundesvorstand

Titel: Ä4 zu Hauptausschuss Sicherung: Freiwilligkeit stärken – keine Rückkehr zur Wehrpflicht

Antragstext

Von Zeile 180 bis 181 einfügen:

9. Interessensvertretung und Bildungsangebote in Diensten

Unser Träger verfügen über langjährige Erfahrung in der Ausgestaltung und Begleitung von Freiwilligendienstleistenden. Neben der Durchführung von Bildungs- und Begleitseminaren entwickeln und erproben wir seit vielen Jahren Formate, die junge Menschen in ihrer persönlichen, sozialen und spirituellen Entwicklung unterstützen. Mit der aktion kaserne haben wir zudem ein spezielles Angebot für junge Soldatinnen und Soldaten in der Bundeswehr geschaffen. Diese Initiative ermöglicht es, Themen wie Wertorientierung, Partizipation und Verantwortung auch im militärischen Kontext zu fördern. Diese Erfahrung bringen wir in den zukünftigen Diskurs und die Ausgestaltung ein.

Antrag

Antragsberatung BDKJ-Hauptversammlung 2025

Initiator*innen: BDKJ-Bundesvorstand

Titel: **Ä5 zu Hauptausschuss Sicherung: Freiwilligkeit stärken – keine Rückkehr zur Wehrpflicht**

Antragstext

Von Zeile 192 bis 193 einfügen:

Diplomatie und Friedensarbeit müssen vorrangig genutzt werden und militärische Verteidigung darf nur als letztes Mittel gewählt werden.[\[12\]](#)

Um den Diskurs im Verband und der Gesellschaft weiter mizugestalten, widmen wir uns folgenden Fragestellungen:

- Wie könnten Prinzipien für eine gerechte Auswahl von Menschen für einen möglichen Pflichtdienst gestaltet werden?
- Wie können feministische Perspektiven in der sicherheitspolitischen Debatte systematisch berücksichtigt und gestärkt werden?
- Welche sozialen, ökonomischen und strukturellen Auswirkungen haben Dienstpflichten auf Bildungs-, Erwerbs- und Lebensbiografien junger Menschen – insbesondere in Bezug auf Geschlechtergerechtigkeit und vielfältige Lebensrealitäten?
- Wie sehen gute Rahmenbedingungen für junge Menschen in Wehr- und Ersatzdiensten aus?
- Wie sehen Gelingensfaktoren ziviler Ersatzdienste aus?
- Wie kann die Unterstützung junger Menschen in (Pflicht-)Diensten unter

Berücksichtigung der Jahrzehntelangen guten Erfahrung in den Freiwilligendiensten hinsichtlich wirksamer pädagogischer Konzepte, mentaler Gesundheit, seelsorgliche Unterstützung, politischer Bildung und beruflicher Orientierung weiterentwickelt werden?

- Wie kann sichergestellt werden, dass der Kriegsdienst aus Gewissensgründen einfach und ohne hohe Hürden verweigert werden kann?
- Wie kann eine gesamtgesellschaftliche Resilienz sichergestellt werden?

Ä6

Antrag

Antragsberatung BDKJ-Hauptversammlung 2025

Initiator*innen: BDKJ Speyer

Titel: **Ä6 zu Hauptausschuss Sicherung: Freiwilligkeit stärken – keine Rückkehr zur Wehrpflicht**

Antragstext

Von Zeile 181 bis 193:

Als überzeugte Christ*innen und Europäer*innen halten wir an unseren **Zielen** **sicherheitspolitischen** und **Wertefriedensethischen Positionen** fest, die wir[Leerzeichen] **bereits** in vielen Beschlüssen und detaillierten Forderungen an Politik und[Zeilenumbruch] Gesellschaft zum Ausdruck gebracht haben: [\[12\]](#)

~~Konflikte werden nicht durch Aufrüstung gelöst, sondern durch Entwaffnung, Rüstungsexportkontrollen, sowie Perspektivangebote für Betroffene. [\[10\]](#) Darüber hinaus ist neben einer Sicherheitspolitik jenseits von Macht- und Militärlogik, eine gezielte Stärkung von Krisenprävention, humanitärer Hilfe sowie Bildung und Entwicklungszusammenarbeit essenziell zur Erhaltung und zum Wiederaufbau von Frieden. [\[11\]](#) Und auch angesichts wachsender autoritärer und militärischer Dynamiken ist eine friedensethische Weiterentwicklung nötig, die Menschenrechte, zivile Konfliktbearbeitung und nachhaltige Friedensordnung ins Zentrum stellt. Diplomatie und Friedensarbeit müssen vorrangig genutzt werden und militärische Verteidigung darf nur als letztes Mittel gewählt werden. [\[12\]](#)~~

Von Zeile 226 bis 230 löschen:

~~[\[10\]](#) “Kinder und Jugendliche wollen Frieden, keine Waffen”, Beschluss der BDJH-Hauptversammlung 2016.~~

~~[\[11\]](#) “Frieden ist mehr wert! Frieden und Sicherheit weiterentwickeln — Perspektive für alle Menschen schaffen”, Beschluss der BDJH-Hauptversammlung 2019.~~

Ä7

Antrag

Antragsberatung BDKJ-Hauptversammlung 2025

Initiator*innen: Helena Schmidt (BDKJ Paderborn)

Titel: **Ä7 zu Hauptausschuss Sicherung: Freiwilligkeit stärken – keine Rückkehr zur Wehrpflicht**

Antragstext

Von Zeile 201 bis 203 einfügen:

beschlossene Erklärung zur Wehrdienstdebatte [\[13\]](#) verstärkt in die politische Diskussion einzubringen und sich entsprechend für friedensethische Perspektiven, [Menschenrechte](#), [globale Gerechtigkeit](#) und die Rechte junger Menschen einzusetzen.

Ä8

Antrag

Antragsberatung BDKJ-Hauptversammlung 2025

Initiator*innen: Fidelis Stehle (BDKJ Rottenburg-Stuttgart)

Titel: Ä8 zu Hauptausschuss Sicherung: Freiwilligkeit stärken – keine Rückkehr zur Wehrpflicht

Antragstext

Von Zeile 204 bis 206 einfügen:

Wir sind davon überzeugt, dass junge Menschen ihr volles Potenzial entfalten können, wenn sie sich aus eigenem Antrieb engagieren. Gerade wenn Verteidigungsfähigkeit notwendig ist, bleibt Freiwilligkeit und Stärkung von jungen Menschen in einer Demokratie klug und erstrebenswert. Wenn diese durch die entsprechenden Rahmenbedingungen^[14] gefördert werden, ergeben sich nachhaltige

Ä9

Antrag

Antragsberatung BDKJ-Hauptversammlung 2025

Initiator*innen: BDKJ Speyer

Titel: **Ä9 zu Hauptausschuss Sicherung: Freiwilligkeit stärken – keine Rückkehr zur Wehrpflicht**

Antragstext

Von Zeile 219 bis 220 einfügen:

der BDKJ-Hauptversammlung 2024; „Jugend beteiligen jetzt!“, Beschluss der BDKJ-Hauptversammlung 2019.

[\[x\]: Volkswirtschaftliche Kosten einer Wiedereinführung der Wehrpflicht oder eines sozialen Pflichtjahres | Monographie \(Autorenschaft\) | ifo Institut](#)

Ä11

Antrag

Antragsberatung BDKJ-Hauptversammlung 2025

Initiator*innen: Helena Schmidt (BDKJ Paderborn)

Titel: **Ä11 zu Hauptausschuss Sicherung:
Freiwilligkeit stärken – keine Rückkehr zur
Wehrpflicht**

Antragstext

Von Zeile 165 bis 167:

7. tief in die persönliche Ethik, Psyche und Lebensperspektive eingreifen können. Deshalb müssen psychologische ~~und~~ sozialpädagogische und seelsorgliche Begleitstrukturen ein zentraler Bestandteil des Diensts sein. Es braucht

Ä14

Antrag

Antragsberatung BDKJ-Hauptversammlung 2025

Initiator*innen: BDKJ-Bundesvorstand (dort beschlossen am: 04.12.2025)

Titel: **Ä14 zu Hauptausschuss Sicherung:
Freiwilligkeit stärken – keine Rückkehr zur
Wehrpflicht**

Antragstext

Von Zeile 10 bis 15:

ALs Bund der Deutschen Katholischen Jugend (BDKJ)

~~Die Hauptversammlung des Bundes der Deutschen Katholischen Jugend (BDKJ) spricht sich innerhalb dieser Debatte gegen eine Reaktivierung der allgemeinen Wehrpflicht und gegen jede Form von zivilem oder sozialem Pflichtdienst aus. Wir bekräftigen unsere friedensethische Haltung~~begrüßen wir, dass der Deutsche Bundestag keine Reaktivierung der Wehrpflicht beschlossen hat und das ein erneutes parlamentarisches Verfahren notwendig ist, um über die Notwendigkeit der Einführung der sogenannten „Bedarfswehrpflicht“ zu entscheiden. Unsere Forderung ist, dass wir weiterhin auf die Freiwilligkeit der jungen Menschen setzen und uns gegen eine Reaktivierung der allgemeinen Wehrpflicht und gegen jede Form von zivilem oder sozialem Pflichtdienst aussprechen. Wir sind überzeugt davon, dass Sicherheit, Frieden und gesellschaftlicher Zusammenhalt nicht durch Pflichtdienste, sondern durch

Ä15

Antrag

Antragsberatung BDKJ-Hauptversammlung 2025

Initiator*innen: BDKJ-Bundesvorstand (dort beschlossen am: 04.12.2025)

Titel: **Ä15 zu Hauptausschuss Sicherung:
Freiwilligkeit stärken – keine Rückkehr zur
Wehrpflicht**

Antragstext

Von Zeile 35 bis 36:

1. grundsätzlich bereit ist, den Wehrdienst anzutreten. Ein Losverfahren ~~lehnen wir~~
~~klar ab~~ sollte nur diejenigen betreffen, die ihre potenzielle Bereitschaft zum
Wehrdienst erklärt haben und tauglich gemustert wurden.

Ä17

Antrag

Antragsberatung BDKJ-Hauptversammlung 2025

Initiator*innen: BDKJ-Bundesvorstand (dort beschlossen am: 04.12.2025)

Titel: Ä17 zu Hauptausschuss Sicherung:
Freiwilligkeit stärken – keine Rückkehr zur
Wehrpflicht

Antragstext

Von Zeile 92 bis 96:

Trotz unserer klaren Haltung, die Pflichtdienste grundsätzlich ablehnt, formulieren wir aufgrund der aktuellen Debatte zusätzliche Forderungen an die Bundesregierung für den Fall einer Reaktivierung der allgemeinen Wehrpflicht
~~Trotz unserer klaren Haltung, die Pflichtdienste grundsätzlich ablehnt, formulieren wir aufgrund der aktuellen Debatte zusätzliche Forderungen an die Bundesregierung für den Fall einer Reaktivierung der allgemeinen Wehrpflicht.~~oder Einführung der sogenannten Bedarfswehrpflicht. In diesem Fall muss deren Ausgestaltung möglichst gerecht, freiheitswährend und

Ä18

Antrag

Antragsberatung BDKJ-Hauptversammlung 2025

Initiator*innen: BDKJ-Bundesvorstand (dort beschlossen am: 04.12.2025)

Titel: **Ä18 zu Hauptausschuss Sicherung:
Freiwilligkeit stärken – keine Rückkehr zur
Wehrpflicht**

Antragstext

Von Zeile 161 bis 162 einfügen:

6. die Pflicht genommen werden. Friedenssicherung ist die Verantwortung aller Generationen. Für mehr Generationengerechtigkeit und zum Abwenden einer Wehrpflicht aufgrund einer zu geringen Personalstärke der Streitkräfte fordern wir eine stärkere Einbindung auch der Jahrgänge älter als 2008. Vorstellbar sind für uns Maßnahmen zur stärkeren und besseren Einbindung freiwilliger Reservedienstleistender in die Wehrstrukturen. Alle ehemaligen Wehrdienstleistenden werden ebenfalls angefragt, ob Sie zu einem Dienst und einer erneuten Musterung bereit wären. Diese Personengruppe könnte über freiwillige Reservedienstleistungen wieder befähigt werden. Ebenso sollten Lebensältere Menschen, die einen Beitrag im Zivil- oder Heimatschutz leisten möchten, angesprochen werden, ob sie auf freiwilliger Basis einen Beitrag leisten möchten.

Ä19

Antrag

Antragsberatung BDKJ-Hauptversammlung 2025

Initiator*innen: BDKJ-Bundesvorstand (dort beschlossen am: 05.12.2025)

Titel: **Ä19 zu Hauptausschuss Sicherung:
Freiwilligkeit stärken – keine Rückkehr zur
Wehrpflicht**

Antragstext

Von Zeile 9 bis 10 einfügen:

allgemeinen Wehrpflicht und die Einführung eines zivilen oder sozialen Pflichtdienstes in Deutschland wieder mit großer Intensität geführt^[3].

Vor diesem Hintergrund erscheint es uns notwendig, unsere friedensethische Orientierung deutlich zu machen. Daher bekräftigen wir in der Debatte weiterhin unsere friedensethische Haltung: Als Christ*innen und Europäer*innen stehen wir für Demokratie, Menschenrechte und einen gerechten, nachhaltigen Frieden ein, der auf der Friedensordnung der Vereinten Nationen, gewaltfreier Konfliktlösung, der Wahrung staatlicher Souveränität, internationaler Zusammenarbeit sowie der Umsetzung der Agenda 2030. [Verweis: "Menschen schützen – Gewalt überwinden – Frieden nachhaltig stärken", Beschluss der BDKJ-Hauptversammlung 2023.]

Ä20

Antrag

Antragsberatung BDKJ-Hauptversammlung 2025

Initiator*innen: BDKJ-Bundesvorstand (dort beschlossen am: 05.12.2025)

Titel: **Ä20 zu Hauptausschuss Sicherung:
Freiwilligkeit stärken – keine Rückkehr zur
Wehrpflicht**

Antragstext

Von Zeile 106 bis 112:

5. strukturell und gesellschaftlich gleichwertig ausgestattet und anerkannt werden. ~~Hierbei bedeutet die finanzielle Gleichwertigkeit, dass Anreize für einen Dienst nicht so ausgestaltet sein dürfen, dass Menschen aus sozioökonomisch schwachen Haushalten faktisch in einen Dienst gedrängt werden. Jede Entscheidung muss frei getroffen werden können – unabhängig finanzieller Hintergründe und ungleicher Chancen.~~ Deswegen fordern wir ein staatlich finanziertes Freiwilligengeld in allen Formen des Freiwilligendienstes, damit Freiwilligendienstleistende ein mit dem Sold Wehrpflichtiger und Zivildienstleistender vergleichbares Taschengeld erhalten können, dass eine Teilnahme am gesellschaftlichen Leben ermöglicht und sicherstellt. Nur so können Entscheidungen über einen Dienst frei getroffen werden – unabhängig von finanziellen Hintergründen und ungleichen Chancen.
- Da ein möglicher Ersatzdienst – sei es nun ein reaktivierter “alter**

Ä21

Antrag

Antragsberatung BDKJ-Hauptversammlung 2025

Initiator*innen: BDKJ-Bundesvorstand (dort beschlossen am: 05.12.2025)

Titel: **Ä21 zu Hauptausschuss Sicherung:
Freiwilligkeit stärken – keine Rückkehr zur
Wehrpflicht**

Antragstext

Nach Zeile 162 einfügen:

7. Freie Gewissensentscheidung

Das Recht auf Kriegsdienstverweigerung muss auch in Zeiten erhöhter sicherheitspolitischer Spannungen vollständig gewahrt bleiben. In diesem Zusammenhang sollte die kirchliche Beratung für Kriegsdienstverweigerer gemäß Art. 4 Abs. 3 GG wieder stärker ausgebaut und personell ausreichend unterstützt werden, etwa durch Einrichtungen wie die Katholische Arbeitsgemeinschaft für Kriegsdienstverweigerer.

Ä22

Antrag

Antragsberatung BDKJ-Hauptversammlung 2025

Initiator*innen: BDKJ-Bundesvorstand (dort beschlossen am: 05.12.2025)

Titel: **Ä22 zu Hauptausschuss Sicherung:
Freiwilligkeit stärken – keine Rückkehr zur
Wehrpflicht**

Antragstext

Von Zeile 41 bis 43:

2. weltwärts) und deren Träger strukturell, finanziell und rechtlich absichern. ~~Dazu gehört ein gesetzlicher~~ Wir begrüßen einerseits die deutliche Erhöhung der Fördermittel für die nationalen Freiwilligendienste ab dem Haushaltsjahr 2026, andererseits kritisieren wir die Kürzung der Mittel für die weltwärts Freiwilligendienste. Damit es eine wirkliche Stärkung der Freiwilligendienste gibt braucht es einen gesetzlichen Rechtsanspruch auf Förderung jeder abgeschlossenen Freiwilligendienstvereinbarung zwischen Freiwilligen,

Von Zeile 45 bis 47 einfügen:

2. mindestens auf BAföG-Niveau, um soziale Hürden abzubauen^[4]. Wir schließen uns insofern der Forderung nach einem Freiwilligendienste-Stärkungsgesetz an sowie einer Überarbeitung der Förderrichtlinie Jugendfreiwilligendienste RL-JFD. Freiwilliges Engagement darf keine Frage des Einkommens oder der

sozialen